

04/06/07/18

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



Null-Toleranz-Strategie

Razzia in der nördlichen Essener Innenstadt

- > VEREIDIGUNG: SO VIELE NEUE POLIZISTINNEN UND POLIZISTEN GAB'S NOCH NIE
- > NEUE FACHSTRATEGIE: ZIELGRUPPENORIENTIERTE VERKEHRSUNFALLBEKÄMPFUNG

»Die Polizei duldet keine rechtsfreien Räume«

Dr. Daniela Lesmeister
Abteilungsleiterin Polizei NRW



Liebe Leserinnen und Leser,

die Polizei NRW geht konsequent gegen kriminelles Verhalten und Straftäter vor. Besondere Situationen erfordern jedoch besondere Maßnahmen. Dann müssen weitere Kräfte gebündelt und zielgerichtet eingesetzt werden. Zum Beispiel, wenn sich in bestimmten Stadtteilen Familiencamps bilden, die ein Klima von Angst, Einschüchterung und Respektlosigkeit in der Bevölkerung verbreiten. Und die gegenüber Polizistinnen und Polizisten immer wieder aggressiv und gewaltbereit auftreten. Hier ist ein integratives Konzept und eine Null-Toleranz-Strategie gefragt. Durch Sicherheitspartnerschaften mit anderen Zuständigen wie dem Zoll, dem Ordnungsamt oder den Finanz-, Melde- oder Ausländerbehörden erhält die NRW-Polizei wertvolle Unterstützung im Kampf gegen Kriminelle. Dass solche integrativen Ansätze erfolgreich sind, zeigt unter anderem ein Großeinsatz in Essen im April: Mehrere Hundert Beamtinnen und Beamte kontrollierten rund 100 Geschäfte und Bars in der nördlichen Innenstadt mit dem Ziel, Clanstrukturen aufzubrechen und gezielt zu bekämpfen.

Die positive Bilanz: mehrere Festnahmen, Strafanzeigen und Beschlagnahmungen. Solche Aktionen haben Signalwirkung in zwei Richtungen: Sie zeigen den Kriminellen, dass die Polizei bei illegalem Verhalten entschlossen durchgreift und keine rechtsfreien Räume duldet. Und sie zeigen der Bevölkerung: Die Polizei ist da. Man kann sich hier sicher fühlen. Die enge Zusammenarbeit mit anderen Behörden und die Bildung von Sicherheitspartnerschaften wird daher auch künftig ein wichtiger Baustein der polizeilichen Arbeit in NRW sein und noch weiter ausgebaut werden.

Ihre Daniela Lesmeister

INHALT

02 __ Editorial
51 __ Impressum

TITEL

04 __ Null-Toleranz-Strategie
Konzertierte Razzia in der Essener Innenstadt
11 __ Fahndungs- und Kontrollwoche
Polizei erhöht Druck auf mobile Einbrecherbanden

EINSATZ

14 __ Polizeisportlerehrung NRW 2018
Auszeichnung für herausragende sportliche Leistungen im Düsseldorfer Apollo-Variété-Theater

KRIMINALITÄT

18 __ Neues, starkes Logo für die NRW-Initiative »Kurve kriegen«
Bewährte Qualität im aussagekräftigen Design
19 __ Hospitationsprogramm bei Europol
Lust auf ein europäisches Abenteuer?

VERKEHR

24 __ Im Kampf gegen Rettungsgassenverweigerer
50 Dashcams gehen in die Testphase
28 __ Fortschreibung der »Fachstrategie Verkehrsunfallbekämpfung«
Neue Grundsätze und Erfolgsfaktoren

AUS- UND FORTBILDUNG

32 __ Persönlich, verbindlich, zuversichtlich
Feierliche Vereidigung von 2.300 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern in Köln
39 __ Tutor bei der Polizei in Köln
Steigende Zahl von Praktikanten ist eine Herausforderung
40 __ Studium an der FHöV
Die Qualität der Lehre und die besten Talente sichern

PRISMA

42 __ Drittes Social-Media-Barcamp an der DHPol
Die Polizei muss am virtuellen Ball bleiben
43 __ Neue Beihilfe-App
Jeden Tag gehen bereits 1.000 Anträge ein
44 __ Aus Alt mach Neu
Wie aus unbrauchbaren Polizei-Bannern Taschen werden
46 __ Gewalt an Frauen
Was ein Präventionsseminar leisten kann

PERSONALIEN

47 __ Meinungs austausch zu aktuellen Themen
Besuch des BKA-Präsidenten Holger Münch im LKA NRW
47 __ Werner Gross
Neuer Leiter der Direktion v beim PP Dortmund

SPORT

48 __ 20. Deutsche Polizeimeisterschaft im Handball der Männer
NRW gibt den Titel nach neun Jahren ab
49 __ Karolin Kuhlmann ausgezeichnet
Polizeisportlerehrung auf Bundesebene

PREISRÄTSEL

50 __ Westernhagen – MTV Unplugged Tour
Die »Streife« verlost 5 x 2 Tickets für Oberhausen



04 NULL TOLERANZ – NRW-POLIZEI ZEIGT PRÄSENZ IN DER ESSENER INNENSTADT



28 NEUE STRATEGIE – VERKEHRSKONZEPT FÜR ZIELGRUPPENORIENTIERTE UNFALLBEKÄMPFUNG



32 NEUER REKORD – 2.300 KOMMISSAR-ANWÄRTERINNEN UND -ANWÄRTER VEREIDIGT



TOLERANZ-STRATEGIE

Konzertierte Razzia in der Essener Innenstadt

Am Donnerstag, den 12. April, führen mehrere hundert Polizeibeamte einen Sondereinsatz in der nördlichen Essener Innenstadt durch. Sie kontrollieren rund 100 Geschäfte und Bars. Es ist eine konzertierte Aktion aller Sicherheitspartner: Neben Zoll, Meldebehörde, Lebensmittelüberwachung, Spielhallenüberwachung, Bauamt, Jobcenter und der Ausländerbehörde sind auch die Finanzbehörden dabei. Allein die Stadt Essen ist mit rund 70 Mitarbeitern beteiligt. Insgesamt werden mehr als 600 Personen und mehr als 60 Fahrzeuge in den Geschäften und an den Kontrollstellen überprüft.

Mhallamiye-Clans (siehe Info-Kasten) verbreiten in der nördlichen Essener Innenstadt ein Klima, das von Angst, Einschüchterung und Respektlosigkeit geprägt ist. »Wir haben hier beispielsweise Tumultdelikte. Also schon bei Kleinigkeiten kommt eine große Zahl von Menschen zusammen. Es ist ein Problem für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass man

sehr aggressiv gegen die Polizei vorgeht«, erläutert der Essener Polizeipräsident Frank Richter. Mit dem polizeilichen Handlungskonzept »Schwerpunktsetzung in Problembereichen – Nördliche Innenstadt« will die Polizei in Essen dagegenhalten. Die heutige Razzia steht in diesem Zusammenhang. Richter betont: »Es gibt keine eigene Gerichtsbarkeit. Hier zieht sich der Staat auch nicht zurück. Wir zeigen jenen, die sich nicht an die Spielregeln halten, die Grenzen, und zwar mit allem, was der Rechtsstaat hergibt.«

Durch diesen Einsatz sollen die Clanstrukturen aufgebrochen und bekämpft werden. Die Polizei setzt dabei auf den Überraschungseffekt, weil die Zielgruppe bestens über Soziale Medien vernetzt ist und sich schnell gegenseitig warnen kann. An den großen Ausfallstraßen gibt es in dieser Nacht flankierende Verkehrskontrollen, damit keine Clanmitglieder aus den umliegenden Ruhrgebietsstädten zur Unterstützung der Überprüften herbeieilen können. >



NRW-Innenminister Herbert Reul verschafft sich einen Eindruck von der Größe des Einsatzgebiets.



Herbert Reul erläutert die Ziele der Aktion aus Sicht der Landesregierung.



Die Bilanz der Razzia kann sich sehen lassen: U.a. gibt es acht Festnahmen und 20 Strafanzeigen.



Fotos (4) : Jochen Tack

Die Botschaft dieser Nacht: Die Polizei NRW setzt alle rechtsstaatlichen Mittel ein, um gegen Kriminalitätsschwerpunkte vorzugehen.

Festnahmen, Strafanzeigen, Beschlagnahmungen

Die Bilanz dieses Großereinsatzes kann sich sehen lassen: Es erfolgen acht Festnahmen, zum Teil, weil offene Haftbefehle vorliegen. Die eingesetzten Kräfte stellen knapp 300 Kilogramm unversuerten Tabaks, kleinere Mengen Betäubungsmittel und Bargeld sicher. Die Beamten fertigen mehr als 20 Strafanzeigen aus, unter anderem wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittel- und Asylgesetz sowie nach Widerstandshandlungen.

Dazu kommen rund 60 Ordnungswidrigkeiten, beispielsweise Fahren unter Betäubungsmittelinfluss. Es gibt Verstöße gegen das Nichtraucherschutzgesetz, Geschwindigkeitsüberschreitungen und Unterschreitung des Mindestlohnes. Außerdem werden Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz festgestellt. Ein Gastronomiebetrieb wird durch die Lebensmittelüberwachung geschlossen. In sechs Verdachtsfällen wird wegen Leistungsbetruges ermittelt und zwei illegale Aufenthalte werden angezeigt.

Darüber hinaus hat diese Aktion auch eine Signalwirkung in Richtung der kriminellen Familienclans: Der Staat zeigt Präsenz und macht klar, dass die Null-Toleranz-Strategie nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch auf der Straße praktisch durchgesetzt wird. >

Gewerbebetriebe als Rückzugsorte

Ein Sondereinsatz wie in dieser Nacht ist notwendig, denn in der Vergangenheit gab es im Bereich der nördlichen Essener Innenstadt häufiger gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Familienclans. Die meisten beteiligten Personen gehören der Volksgruppe der Mhallamiye an. Sofern Clanmitglieder beteiligt sind, erfahren Polizeibeamte bei der Einsatzbewältigung ein ausgeprägt respektloses Verhalten, gepaart mit hoher Aggressionsbereitschaft. Häufig können Platzverweise nur mit weiteren Verstärkungskräften durchgesetzt werden, da die Betroffenen sich unbeeindruckt geben und sich bewusst den polizeilichen Anordnungen widersetzen. Derzeit sind etliche Gewerbebetriebe in der nördlichen Innenstadt Anlauf- und Rückzugsorte von Clanmitgliedern. Es handelt sich dabei im Einzelnen um Shisha-Bars, Gaststätten, Teestuben, Wettbüros oder ähnliche Geschäftsräume. Insgesamt führt die Situation dazu, dass die Bevölkerung der nördlichen Essener Innenstadt sich nicht mehr sicher fühlt. Betroffen sind die anderen Geschäftsleute und Gewerbetreibenden, aber auch die Anwohner und Besucher dieses belebten und beliebten Stadtviertels.



NRW-Innenminister Reul interessiert sich auch für die Details.



Die Geschwindigkeitsüberwachung gehört zum Maßnahmenpaket dieser Nacht.



Im Rahmen der Razzia werden nicht nur Bars und Geschäfte durchsucht, sondern auch Fahrzeugkontrollen durchgeführt.



Fotos (4): Jochen Tack

Auch das sofortige schriftliche Erfassen der registrierten Straftaten gehört zur Arbeit der eingesetzten Beamtinnen und Beamten.

Problembereich nördliche Innenstadt

Messbares Ergebnis der beschriebenen Umstände ist eine aktuell besonders hohe Kriminalitätsbelastung im Bereich der nördlichen Innenstadt.

Nicht nur die Drogenkriminalität, also der Handel mit Betäubungsmitteln und anschließendem Konsum, sondern auch die Straßekriminalität stieg in den letzten Jahren deutlich an.

Das Sicherheitsprogramm 2017-2020 des Polizeipräsidiums Essen beinhaltet das gesonderte Handlungskonzept »Schwerpunktsetzung in Problembereichen – Nördliche Innenstadt«. Neben öffentlichkeitswirksamen Schwerpunktaktionen gehört insbesondere die tägliche Präsenz uniformierter Polizisten, die sich vor allem anlassunabhängig in dem Bereich aufhalten, zu diesem Handlungskonzept. Doch die Essener Polizei ist sich darüber im Klaren: Allein diese Präsenz wird nicht zu einer nachhaltigen Lösung des Problems führen. Notwendig sind vielmehr koordinierte Maßnahmen aller betroffenen Sicherheitspartner und verantwortlichen Behörden, wie sie in dieser Nacht durchgeführt werden. Bereits in der Vergangenheit gab es mehrfach gemeinsame Einsätze und Kontrollen der Sicherheitspartner. >



Die beliebten Shisha-Bars in der nördlichen Essener Innenstadt werden bei dieser Razzia ebenfalls durchsucht.

HINTERGRUND: DIE FAMILIENCLANS

Die häufig als Mhallamiye-Kurden bezeichnete arabisch-sprachige Bevölkerungsgruppe wanderte aus den türkischen Regionen Mardin und Batman in Südostanatolien in zwei Wellen in den Libanon aus. Die erste Welle erfolgte im Zuge der Niederschlagung des von Kurden getragenen Scheich-Said-Aufstand, der sich gegen die rücksichtslose Türkisierungspolitik unter Atatürk und seinen Regierungen bis zum zweiten Weltkrieg gerichtet hatte.

Die zweite Welle erstreckt sich vom Ende des zweiten Weltkriegs bis ins Jahr 1960. Armut und die fortwährende türkische Politik der kulturellen Unterdrückung in der damals bettelarmen Region waren die Hauptursachen für die Auswanderung. Wegen des Bürgerkriegs im Libanon flüchteten viele Familien in den 1970er bis 90er Jahren nach Deutschland. Allein in Essen leben 5.000 Mhallamiye-Kurden, die sich auf nur zwölf Familien verteilen. Von diesen leben viele von Sozialhilfe, einzelne handeln aber auch mit Heroin oder Crack. Neben dem Rauschgifthandel werden diesen auch Erpressung, Diebstahl, Raub und Geldwäsche zur Last gelegt.



Die Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden funktioniert in dieser Nacht vorbildlich.

NRW-Innenminister begleitet Aktion

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul macht sich an dem Abend im Einsatzraum und vor einer Shisha-Bar ein persönliches Bild von der engen Zusammenarbeit aller Behörden: »Wir dulden keine Rechtsverstöße und Paralleljustiz und fahren eine »Null-Toleranz-Strategie«, erklärt er. »Kriminelle Strukturen werden durch die enge Verzahnung aller Behörden intensiv beleuchtet. Wir werden alle Mittel des Rechtsstaates nutzen, um die Kriminalität zu bekämpfen.« Essens Polizeipräsident Frank Richter, der Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen und Armin Rolfink, der Präsident der Generalzolldirektion, sind mit dem Einsatz zufrieden: Diese Kooperation aller beteiligten Behörden und die enge Verzahnung muss bei künftigen Einsätzen fortgeführt und intensiviert werden.

/// Tanja Redig, PP Essen / Walter Liedtke

Fahndungs- und Kontrollwoche Polizei erhöht Druck auf mobile Einbrecherbanden



Mit gezielten Kontrollen ging die nordrhein-westfälische Polizei in der Woche vom 14. bis 18. Mai landesweit gegen Eigentumskriminalität vor. Schwerpunkt der gemeinsamen Aktion von Landespolizei, Bundespolizei sowie der Polizei aus den Niederlanden und Belgien war die Fahndung nach mobilen Einbrecherbanden. »Wir bauen ganz gezielt Fahndungsdruck auf. Unsere Botschaft an die Banden lautet: Ihr könnt euch nirgendwo sicher sein«, so NRW-Innenminister Herbert Reul bei einer gemeinsamen Kontrolle von NRW-Polizei und Bundespolizei nahe der deutsch-niederländischen Grenze bei Niederkrüchten im Kreis Viersen.

Vor allem Wohnungseinbrüche werden nach Erkenntnissen der Polizei oft von mobilen Banden begangen. Diese sind häufig auch über Landesgrenzen hinweg aktiv. »Gerade in der Grenzregion brauchen wir deshalb dringend die »Strategische Fahndung«, betont Reul. Die anlassbezogene, aber verdachtsunabhängige Suche nach Straftätern ist eines der zentralen Elemente des »Sicherheitspakets«, das die Landesregierung erst kürzlich in den Landtag eingebracht hat. »Dieses Fahndungsinstrument ist in 14 von 16 Bundesländern längst Standard. Es wird höchste Zeit, dass wir hier aufschließen«, machte der Minister klar. Eingesetzt wird die Strategische Fahndung auch von der Bundespolizei. Im Kreis Viersen leiteten etwa Kradfahrer der Bundespolizei, die gemäß § 2 Bundespolizeigesetz den grenzüberschreitenden Verkehr im Grenzgebiet bis zu einer Länge von 30 Kilometern auch anlassunabhängig kontrollieren dürfen, >



Verdächtige Fahrzeuge und deren Insassen werden sorgfältig und detailliert überprüft.

verdächtige Fahrzeuge auf der BAB 52 zur Kontrollstelle. Fahrzeuge und deren Insassen wurden dort im Anschluss durch die Beamtinnen und Beamten der Landes- und Bundespolizei kontrolliert. »Der erhöhte Fahndungsdruck ist ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Die Kontrollen helfen uns außerdem dabei, die Strukturen der Einbrecherbanden besser zu durchschauen«, so Minister Reul.

MASSNAHMEN DER FAHNDUNGS- UND KONTROLLTAGE

- > Fahrzeug- und Personenkontrollen
- > Razzien an einschlägigen Kriminalitätsbrennpunkten
- > Vollstreckung von Haftbefehlen
- > Verkehrskontrollen
- > Präsenzstreifen an Brennpunkten

Kontrollen in ganz NRW

Während der Fahndungs- und Kontrollwoche kontrollierte die Polizei überall – auf den Autobahnen, den Landstraßen und in den Städten. Den eingesetzten Beamtinnen und Beamten wurde dazu unter anderem das »Fahndungsblatt Mobile Täter im Visier« als Hilfsmittel zur Verfügung gestellt. Darin gibt es zum Beispiel allgemeine Fahndungshinweise zu genutzten Fahrzeugen, An- und Abfahrtswegen oder Tatorten von Tätern aus dem Bereich der Eigentumsdelikte. Mithilfe des Fahndungsblatts werden Einsatzkräfte außerdem dahingehend sensibilisiert, welche Informationen außerdem für die weiteren Ermittlungen benötigt werden. Das sind insbesondere Angaben zur Kontrollsituation wie Ort, Zeit, Fahrzeug, zu den Personalien der Insassen sowie deren Reiseziel. Insgesamt waren an den knapp 1.000 Kontrollaktionen in NRW über 2.300 Beamtinnen und Beamte aus den Direktionen Gefahrenabwehr/Einsatz, Verkehr und Kriminalität beteiligt sowie über 1.000 Kräfte der Bereitschaftspolizei NRW. Unterstützt wurden sie von rund 100 Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei und vom Zoll. Sie konnten während der Kontrolltage über 10.000 Fahrzeuge und mehr als 11.000 Personen überprüfen. Insgesamt wurden 315 Strafanzeigen gefertigt und über 400 Gegenstände sichergestellt, darunter vermutliches Diebesgut, Waffen oder sonstige Beweismittel. Insgesamt konnten 106 Personen festgenommen werden. // Simone Bauer

»Der erhöhte Fahndungsdruck ist ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.«

Innenminister Herbert Reul

SICHERHEITSPAKET I UND STRATEGISCHE FAHNDUNG

Im Mittelpunkt des geplanten »Sicherheitspakets I« stehen Anti-Terror-Vorschriften wie etwa die Einführung der Telekommunikationsüberwachung, die Ausweitung des Unterbindungsgewahrsams und die Einführung der »elektronischen Fußfessel« für terroristische Gefährder. Darüber hinaus enthält das Paket mit der Ausweitung der Videobeobachtung und der Einführung der »Strategischen Fahndung« auch wichtige Instrumente für die Bekämpfung von Alltagskriminalität.



Bei den Kontrollen kommen auch Spürhunde zum Einsatz, die nach versteckten Drogen suchen.



Polizeisportlerehrung NRW 2018

Auszeichnung für herausragende sportliche Leistungen im Düsseldorfer Apollo-Variété-Theater

Mitte April wurden 48 Polizeisportlerinnen und -sportler aus Nordrhein-Westfalen für ihre herausragenden Leistungen und ihr teils langjähriges Engagement für den Sport und dessen Förderung als »Polizeisportler des Jahres« ausgezeichnet.

»Große Ziele brauchen einen langen Atem – der Sport kann hier eine gute Schule sein«, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul zum Auftakt der Ehrung vor 120 eingeladenen Gästen in Düsseldorf: »Sportliche Erfolge stehen insoweit auch stellvertretend für Leistungen und Erfolge insgesamt – und das, was den Einzelnen erfolgreich macht, macht auch uns als Polizei NRW insgesamt erfolgreich.«

Zuvor hatten der Düsseldorfer Polizeipräsident Norbert Wessler und der Düsseldorfer Bürgermeister Wolfgang Scheffler in Vertretung des Oberbürgermeisters die Gäste im Apollo-Variété begrüßt. Für Herbert Reul ist der Sport auch für die Ausübung des Berufs als

Polizistin oder Polizist von besonderer Bedeutung: »Der Polizeiberuf erfordert Ausdauer, Teamfähigkeit und körperliche Fitness – Eigenschaften, die der Leistungssport Ihnen ebenso abverlangt. Der Erfolg in beiden Bereichen ist Ergebnis hoher Leistungsbereitschaft.« Polizeisportlerinnen und -sportler aus NRW haben sich in knapp zwanzig Disziplinen in nationalen und internationalen Wettkämpfen bewährt, darunter beim Schwimmen, in der Leichtathletik, beim Wasserski, Triathlon und Sportschießen.



Der Sportschütze Jörg Niehüser ist der NRW-Polizeisportler des Jahres 2017.

Fotos (3): Jochen Tack



Die Schwimmerin Karolin Kuhlmann ist die Polizeisportlerin des Jahres 2017 des Landes NRW.

Karolin Kuhlmann und Jörg Niehüser geehrt

Zur »Polizeisportlerin des Jahres 2017« wurde Karolin Kuhlmann vom Landrat (LR) Gütersloh gekürt. In 27 Sekunden und 25 Hundertstel Sekunden stellte sie bei den Europäischen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten in Budapest den neuen deutschen Polizeirekord auf und sicherte sich mit dieser Leistung den obersten Platz auf dem Podium. Sie gewann zudem Gold in der Staffel über 4 x 100 Meter Freistil sowie viermal Silber und eine Bronzemedaille.

Jörg Niehüser (LR Soest), der im Sportschießen an den Start geht, wurde als »Polizeisportler des Jahres 2017« ausgezeichnet. Bei den Deutschen Meisterschaften holte er im vergangenen Jahr den Titel im 3 x 20 Stellungskampf über 300 Meter sowie den zweiten Platz in der Disziplin 300 Meter liegend. In derselben Wettkampfkategorie sicherte er sich bei den Europameisterschaften im aserbaidschanischen Baku mit 1.764 Ringen den dritten Platz. >



Das Frauen-Triathlon-Team wurde als Polizeimannschaft des Jahres 2017 ausgezeichnet.



Polisportverein des Jahres 2017 aus NRW ist der PSV Dortmund 1922 e. V. Herzlichen Glückwunsch an alle Preisträgerinnen und Preisträger!

Frauen-Triathlon-Team und PSV Dortmund ausgezeichnet

Das Triathlon-Team mit Mareike Walkenhorst vom Polizeipräsidium (PP) Bielefeld, Sara Baumann (PP Hagen) und Rike Westermann (PP Köln) wurde als »Mannschaft des Jahres 2017« geehrt. In Hamburg zeigten sie eine beeindruckende Teamleistung von knapp 6,5 Stunden und erkämpften sich so den Titel bei den Deutschen Polizeimeisterschaften. Bereits im Training erbringen die Sportlerinnen Jahr für Jahr Höchstleistungen. So liegt die Jahresteamleistung bei 20.500 Rad-, 6.700 Lauf- und 1.300 Schwimm-Trainingskilometern.

Als »Polisportverein des Jahres 2017« wurde der PSV Dortmund 1922 e. V. ausgezeichnet. Der Vorsitzende Werner Dominke und Geschäftsführer Reimond Barnau nahmen die Ehrung für das langjährige Engagement des Vereins in der Präventionsarbeit sowie für die Unterstützung bei der Ausrichtung von Polizeimeisterschaften auf Landes, Bundes- und Europaebene entgegen.



Die Künstler des Apollo-Variété-Theaters verzauberten die Teilnehmenden mit ihrem Können.

Spagat zwischen Sport und Hauptberuf bewältigen

Innenminister Reul würdigte die Preisträger: »Sie alle haben sich ehrgeizige Ziele gesetzt und diese mit viel Fleiß und hartem Training erreicht. Jeder von Ihnen muss dabei den Spagat schaffen zwischen Sport und Hauptberuf. Dass Ihnen das in so außerordentlicher Art und Weise gelingt, davor habe ich sehr großen Respekt!« Dabei stellt er klar, dass die starken Einzelleistungen der Sportlerinnen und Sportler auch das Ergebnis erfolgreicher Teamarbeit sind: »Ihre Trainingspartner, Ihre Fachwarte, Ihre Trainer, Betreuer, Mediziner, Ihre Familien und nicht zuletzt auch Ihre Kolleginnen und Kollegen. Sie alle wissen, wie Teamwork funktioniert – und das macht Sie zu großartigen Sportlerinnen und Sportlern, aber genauso zu guten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.«

Die Sportler des Jahres waren zuvor in filmischen Portraits vorgestellt worden, die ebenso wie der Begrüßungsfilm vom Beweissicherungs-Trupp der 5. Bereitschaftspolizei (BPH) Düsseldorf stammten. Die Übergabe der Ehrung und der Geschenke erfolgte durch Minister Reul, Polizeipräsident Wesseler und den Polisportbeauftragten Küpper.

Durch das Programm führte WDR-Moderator René LeRiche. Während der Pausen sorgten die Künstler des Apollo-Variété-Theaters und die Jazz-Rock-Pop-Band des Landespolizeiorchesters für ebenso unterhaltsame wie faszinierende Momente.

/// Redaktion Streife/Lisa Solbach, PP Düsseldorf

Neues, starkes Logo für die NRW-Initiative »Kurve kriegen« Bewährte Qualität im aussagekräftigen Design



Klar, minimalistisch, energetisch: So ist das neue Logo der NRW-Initiative »Kurve kriegen«. Bereits in 21 Kreispolizeibehörden hilft die Initiative Kindern und Jugendlichen dabei, Wege aus der Kriminalität zu finden – durch die enge Zusammenarbeit von polizeilichen Ansprechpartnern und pädagogischen Fachkräften.

Das neue Logo entwickelten die Studentinnen Juliane Geyer und Carina Laport von der Bergischen Universität Wuppertal, Fachbereich Medien und Design. Dabei stand die hohe Qualität der Initiative im Kampf gegen Jugendkriminalität sowie die Zielgruppe der Acht- bis maximal Achtzehnjährigen im Vordergrund. Beides spiegelt sich im neuen Logo wider.

Das Leben der Teilnehmenden von »Kurve kriegen« wird von vielen Risikofaktoren bestimmt: Gewalt im Elternhaus, eine kriminelle Peergroup, die von Drogenkonsum geprägt ist, Mobbing in der Schule, Sprach- und Integrationsproblematiken. Das Logo symbolisiert dies durch den schwarzen Rahmen. Er steht für die vier Wände, aus denen die Kinder und Jugendlichen alleine nur schwer einen Ausweg finden können.

Der markante rote Pfeil symbolisiert nicht nur die Teilnehmenden, sondern auch die Arbeit der pädagogischen Fachkräfte, der polizeilichen Ansprechpartner und die Initiative insgesamt. Die energiereiche, dynamische rote Farbe steht für den Elan und das Engagement, das die Fachkräfte bei ihrer Arbeit zeigen, aber auch für die positive Kraft, die Kinder und Jugendliche auf

ihrem Weg aus der Kriminalität entwickeln. Die Farbe lehnt sich an das bisherige Logo an, denn die bewährten Strukturen von »Kurve kriegen« wurden übernommen. Gutes und Erfolgreiches wird weitergeführt. Das symbolisiert nicht nur das Rot des Pfeils, sondern auch seine Ausrichtung im Raum und das Verhältnis zum dunklen Bereich. Mit »Kurve kriegen« ist es möglich, »raus aus der Kriminalität« zu gelangen. Wege zu finden, um Risiken zu minimieren und den Kindern und Jugendlichen zu zeigen, dass – und vor allem wie – sie sich im Alltag ohne Kriminalität zurechtfinden. Die Ausrichtung aufwärts in Leserichtung verweist auf diese positive Entwicklung, für die sich alle an der Initiative beteiligten Fachkräfte einsetzen.

Der Abstand zwischen Pfeil und Quadrat lässt dabei eine »Kurve« entstehen und verleiht dem Pfeil die optische Loslösung vom kriminellen dunklen Umfeld. Das »U« als Stilelement des alten Logos wird so wieder aufgegriffen. Es ist das Symbol, »die Kurve zu kriegen« und sich auf Veränderungen einzulassen.

Die klaren Linien des Logos verweisen auch auf die Struktur, mit der »Kurve kriegen« geführt und umgesetzt wird. Das Design ist, wie auch die Initiative »Kurve kriegen« selbst, modern und zukunftsorientiert.

Mehr zu weiteren Arbeiten der Studierenden der Bergischen Universität Wuppertal und zur Initiative »Kurve kriegen« finden Sie unter www.kurvekriegen.nrw.de. // **Christina Vieten, IM NRW**



Hospitationsprogramm bei Europol Lust auf ein europäisches Abenteuer?

Das Herzstück europäischer Sicherheitsarchitektur ist die internationale Polizeiarbeit bei Europol. Wer sie selbst erleben will, kann sich für das Hospitationsprogramm des Bundeskriminalamtes (BKA) bewerben. Eine dreimonatige Hospitation ist der erste Schritt für eine spätere Verwendung bei Europol. Pro Quartal stehen drei freie Plätze zur Verfügung. **Oliver Bongartz vom LR Wesel war bereits dort und berichtet über seine Erfahrungen.**

Rund 130 Verbindungsbeamte aus allen EU- und Schengen-Staaten, diversen Drittstaaten sowie des Interpol-Generalsekretariats haben bei Europol ihre Büros eingerichtet. Die Verbindungsbeamten tauschen im schriftlichen und persönlichen Kontakt Informationen aus. Sie stimmen grenzüberschreitende operative Maßnahmen ab und wirken beim Kerngeschäft von Europol mit, der operativen Kriminalitätsauswertung. Außerdem beteiligen sie sich an zahlreichen Projekten von Europol.

Das Europäische Polizeiamt Europol wurde 1998 von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union durch einen Ratsbeschluss gegründet und befindet sich im niederländischen Den Haag. Es unterstützt die 28 EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung schwerer Formen internationaler Kriminalität und des Terrorismus. Europol arbeitet mit zahlreichen Partnerländern außerhalb der EU sowie mit internationalen Organisationen zusammen. Europol ist immer dann zuständig, wenn Organisierte Kriminalität, Terrorismus oder andere Formen schwerer Kriminalität vorliegen und zwei oder mehr EU-Mitgliedstaaten betroffen sind.

In allen EU-Mitgliedstaaten sind sogenannte »Nationale Stellen« für Europol eingerichtet worden. Sie dienen als Verbindungsstellen zwischen Europol und den Zentralstellen der übrigen Mitgliedstaaten. Die »Nationale Stelle« für Deutschland ist das Bundeskriminalamt (BKA). Es entsendet Polizeibeamte aus den 16 deutschen Bundesländern als deutsche Vertreter zu Europol. >



Dessen Sachgebiet »Europol-Koordination« (IZ 12) wählt die Beamten aus, die zunächst eine Hospitationsphase durchlaufen.

Auswahlverfahren

Die Amtssprache bei Europol ist Englisch. Deshalb bewirbt man sich bei Europol in englischer Sprache. Die jeweilige Behördenleitung und das Ministerium des Innern NRW müssen die Entsendung befürworten. Anschließend nimmt das BKA die Bewerber in der Regel in den Interessentenpool auf.

Einmal im Jahr führt das BKA ein dreitägiges Vorbereitungsseminar für diesen Personenkreis durch. Es soll die Teilnehmer fit machen für eine Hospitation bei Europol sowie für das Auswahlverfahren um einen Europol-Dienstposten. In diesem Seminar werden die wesentlichen Bestimmungen des EU-Ratsbeschlusses mit Bezug zu Europol, die Organisationsstruktur sowie Aufgaben und Befugnisse von Europol vermittelt.

Das frisch erworbene Wissen wird am dritten Tag in einer zweistündigen Klausur in englischer Sprache sowie einem Interview mit einem Dolmetscher des BKA abgefragt. Ziel ist, die Sprachkenntnisse der Bewerber einzuschätzen und diese je nach Bedarf bis zum Dienstantritt in Den Haag zu vertiefen. Auf Basis der Testergebnisse wird die Hospitationsplanung erstellt. Die



Fotos (3): Europol



Foto: Jochen Tack

»Die Vernetzung der europäischen Polizeien und die vertrauensvolle Zusammenarbeit sind Voraussetzung für das Gelingen einer effizienten Kriminalitätsbekämpfung. Daher sind wir sehr daran interessiert, auch mit Kolleginnen und Kollegen der Polizei NRW im Kreis der deutschen Vertreter bei EUROPOL möglichst stark vertreten zu sein.«

Dieter Schürmann, Landeskriminaldirektor



Oliver Bongartz erwarteten bei Europol spannende Aufgaben.

Hospitanten selbst vereinbaren den Zeitraum ihrer Hospitation bei Europol und den Verwendungsbereich direkt mit der Koordinierungsstelle »IZ 12«.

Die ersten Wochen in Den Haag

Zu Beginn findet das sogenannte »Newcomer's Training« statt. Das ist eine intensive Fortbildung unter anderem zum Umgang mit dem Europol Information System »EIS« sowie dem Kommunikationstool »Secure Information Exchange Network Application« (SIENA). Darüber lernen die Teilnehmer Sicherheitshinweise sowie rechtliche und allgemeine Regeln für die Tätigkeit bei Europol kennen.

Oliver Bongartz arbeitete in der Dienststelle -054 Special Tactics-: »Ich war herzlich willkommen und wurde unmittelbar mit selbständig zu erledigenden Tätigkeiten betraut. Jederzeit standen die Kolleginnen und Kollegen mit Rat und Tat zur Seite. Es ist so herrlich effizient, mal eben einen Sachverhalt mit Spanien oder den USA besprechen zu können – entweder per Besuch im Büro gegenüber oder in einem kurzfristigen Meeting in einer der Lounge-Ecken des Hauses.«

Neben den EU-Mitgliedstaaten sind zahlreiche Drittstaaten bei Europol vertreten – eine seltene Möglichkeit, sich etwa mit dem Secret Service, den US Marshalls oder dem FBI auszutauschen.

Oliver Bongartz hospitierte im dritten Quartal 2017 und hatte die Gelegenheit, bei der Organisation und Ausrichtung europaweit bedeutender Konferenzen mitzuwirken wie etwa der Police Chief Convention. >



Bei Europol arbeitet man in einem attraktiven maritimen Umfeld.

Wohnen, Leben und Bezahlung

Die äußeren Bedingungen für eine Hospitation könnten nicht attraktiver sein: Die Stadt Den Haag ist Parlaments- und Regierungssitz der Niederlande sowie der Wohnort der Königsfamilie. Die Atmosphäre ist dementsprechend international; Kulturliebhaber und Freunde guten Essens kommen hier auf ihre Kosten.

Während der Hospitation stellt das BKA den Teilnehmern ein Appartement im Statenviertel zur Verfügung, einem der schönsten Wohnquartiere Den Haags. Bis zum Europol-Gebäude sind es nur rund 1.000 Meter. Der Strand ist rund 1.500 Meter entfernt. Der Dienst beginnt meist gegen 9 Uhr, dauert allerdings auch häufig bis 18 Uhr oder länger. Im Europol-Gebäude befinden sich ein gut ausgestattetes Fitnessstudio. Im Restaurant werden

die Speisen frisch zubereitet, deren Auswahl keine Wünsche offen lässt. Während des Auslandsaufenthalts erhalten die Hospitanten je nach persönlicher Situation und Aufenthaltsdauer Reisekostenvergütungen von rund 900 € pro Monat.

Sicherheitsüberprüfung beantragen

Wer am Einführungsseminar des BKA teilnimmt und später bei Europol im Law-Enforcement-Bereich arbeitet, benötigt mindestens die Ermächtigung zu vs-Vertraulich/EU Confidential. Die Sicherheitsüberprüfung erfordert rund drei Monate. Ansprechpartner sind die Geheimschutzbeauftragten der eigenen Polizeibehörde.



Bereits als Praktikant wird man in die alltägliche Recherchearbeit mit einbezogen und arbeitet mit Kollegen aus anderen Nationen zusammen.

Fotos (3): Europol

Die Hospitanten werden zum Dienstantritt in Den Haag mit einem personalisierten Batch mit den erforderlichen Zugangsberechtigungen ausgestattet. Als Law-Enforcement-Mitarbeiter umfasst dies auch den Zugang zu den nochmals gesondert abgesicherten Bereichen der Operational Departments.

Erste Schritte zu Europol

Oliver Bongartz empfiehlt für den Einstieg, das Sachgebiet Europol-Koordination (IZ 12) des BKA anzurufen (030-5361-26770). Die Kolleginnen und Kollegen beantworten gerne alle Fragen zur Verwendung bei Europol und können Möglichkeiten schaffen, gezielt die individuellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewerbung abzustimmen. Wer weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten nutzen möchte, findet Europol unter www.europol.europa.eu im Internet.

Grundsätzlich sind die Hürden für eine Teilnahme am Hospitationsprogramm nicht allzu hoch. Hilfreich sind sicher eine gewisse internationale (Ermittlungs-)Erfahrung sowie die Fähigkeit, sich in englischer Sprache in Wort und Schrift ausdrücken zu können. Für Rückfragen steht Oliver Bongartz unter oliver.bongartz@polizei.nrw.de gerne zur Verfügung. // Thomas Grimm und Oliver Bongartz, LKA NRW

DAS INFORMATIONSSYSTEM VON EUROPOL

Mit der Secure Information Exchange Network Application (SIENA) stellt Europol den Mitgliedstaaten ein System zu Verfügung, über das Informationen schnell und sicher ausgetauscht werden können. Darüber hinaus werden über das Europol Information System (EIS) Daten zu Kriminellen bereitgestellt, die durch die Mitgliedstaaten abgerufen oder mit anderen Daten abgeglichen werden können.



Im Kampf gegen Rettungsgassenverweigerer 50 Dashcams gehen in die Testphase

Die nordrhein-westfälische Autobahnpolizei setzt im Kampf gegen Rettungsgassenverweigerer ab sofort auf sogenannte »Dashcams«. »Immer noch blockieren zu viele Autofahrer die Rettungsgasse und riskieren dabei Menschenleben. Mit den Kameras können wir diese Verstöße künftig konsequenter ahnden«, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul Ende April bei der Vorstellung der Kameras auf der Autobahnpolizeiwache Mönchengladbach. »Diese Mini-Kameras sind dabei nützliche Zeugen hinter der Windschutzscheibe.« Bereits seit März werben Verkehrs- und Innenministerium zusammen mit der Landesverkehrswacht und Straßen.NRW mit 250 Bannern an den Autobahnbrücken für die Rettungsgasse.

Der Begriff »Dashcam« stammt aus dem Englischen und bedeutet wörtlich übersetzt »Armaturenbrett-Kamera«. Insgesamt werden 50 hochauflösende HD-Kameras auf die Streifenwagen der Autobahnpolizeien in Bielefeld, Düsseldorf, Dortmund, Köln und Münster verteilt – zunächst für eine einjährige Testphase. »Die gestochen scharfen Videoaufzeichnungen ermöglichen es den Polizistinnen und Polizisten, die Verkehrs-sünder anhand der Kennzeichen nachträglich zu ermitteln. Während eines akuten Einsatzes ist dafür oftmals nicht die Zeit und die Gelegenheit«, erklärte Reul.

Seit Ende 2017 droht Rettungsgassenverweigerern bereits ein höheres Bußgeld samt Führerscheinentzug. »Jedem muss klar sein: Rettungsgassen retten Leben. Die höheren Strafen sind deshalb genau richtig. Mit den Kameras sorgen wir dafür, dass Rettungsgassenverweigerer endlich erfasst werden«, so der Innenminister.

Aufzeichnung erfolgt nur bei Verstößen

Wird bei einem Autobahn-Einsatz ein Verstoß festgestellt, wenn also jemand keine Rettungsgasse bildet, schalten die Beamten die Kamera ein. An der Windschutzscheibe befestigt, kann die schwenk- und abnehmbare Kamera dann alles weitwinklig aufnehmen. Die Aufzeichnung von Unbeteiligten wird dabei auf ein Mindestmaß reduziert. Denn es geht darum, die tatsächlichen Verstöße zu dokumentieren, und nicht darum, andere Personen oder Kennzeichen zu erfassen. Rüdiger Wollgramm, Referatsleiter »Polizeiliche Verkehrsangelegenheiten« im Innenministerium NRW, erklärt: »Man sieht vor sich das Fahrzeug, fährt heran, nimmt das Fahrzeug und das Kennzeichen auf, schwenkt, wenn möglich, auf den Fahrzeugführer und schaltet im Anschluss die Kamera wieder ab. Das sind die relevanten Details, die für eine Verfolgung nötig sind und nur diese werden dokumentiert.«

Die aufgezeichneten Daten werden im Anschluss zum Fertigen einer Anzeige genutzt. Nach der Sachbearbeitung durch die Polizei wird die Anzeige zunächst an die zuständige Bußgeldstelle weitergeleitet, die einen Bußgeldbescheid erstellt. Wird dieser rechtswirksam, wird also kein Widerspruch eingelegt, wird das Videomaterial im Anschluss gelöscht. Kommt es zu einem Einspruch und anschließendem Gerichtsverfahren, wird das Video dort als Beweismittel eingebracht und nach einem rechtskräftigen Urteil ebenfalls gelöscht. »Indem nur anlassbezogen aufgenommen wird, wird das Prinzip der Datensparsamkeit gewahrt. Damit hält sich die Polizei an das geltende Recht nach dem Landesdatenschutzgesetz«, betont Wollgramm. >



Während der einjährigen Testphase stehen der NRW-Autobahnpolizei insgesamt 50 Dashcams zur Verfügung.

Fotos (2): Jochen Tack



Die Dashcams sind einfach zu bedienen und helfen dabei, Rettungsgassenverweigerer zu identifizieren.



Fotos (3): Jochen Tack

NRW-Innenminister Herbert Reul testete selbst die Funktionstüchtigkeit der Dashcam in einem Streifenwagen.

Wer darf zu welchem Zweck filmen?

Nicht zu verwechseln sind die Dashcams mit den fest verbauten Kameras, die sich hinten und vorne in allen Polizeifahrzeugen befinden. Rüdiger Wollgramm: »Diese werden zur Eigensicherung genutzt. Sobald man ein Fahrzeug für eine Kontrolle anhält, geht die Kamera an und zeichnet die Kontrolle auf, um die Kolleginnen und Kollegen zu schützen. Dies geschieht aufgrund einer Ermächtigung nach dem Polizeigesetz, hier gibt es also eine andere rechtliche Grundlage.« Ähnlich sieht es bei der Nutzung von Dashcams im privaten Bereich aus. Hier können schnell Persönlichkeitsrechte anderer Menschen verletzt werden. »Die Polizei hat hingegen den gesetzlichen Auftrag, Verstöße zu ahnden. Sie ist dazu verpflichtet, gegen Verstöße vorzugehen und diese eben auch zu dokumentieren – auch durch den Einsatz von technischen Mitteln.«

Um den Einsatz der Kameras richtig bewerten zu können, freut sich Rüdiger Wollgramm über möglichst viel Feedback der Kolleginnen und Kollegen. »Wir möchten wissen: Was läuft rund? Wo gibt es eventuell Verbesserungsbedarf? Das kann nur die Erfahrung im Einsatz zeigen. Deshalb ist es uns wichtig, die Personen mit einzubinden, die täglich mit den Kameras arbeiten.«

/// Simone Bauer

TECHNISCHE DETAILS ZUR DASHCAM

Die Kamera, Modell »A7S« des Herstellers TrueCam, besitzt eine Displaydiagonale von 2,7 Zoll im Format 16:9. Sie verfügt über ein Superweitbild 21:9 bei einer Auflösung von 2560x1080 Bildpunkten, 30 fps (frames per second) und einem Aufnahmewinkel von 130 Grad. Durch LED-Zusatzbeleuchtung und die Funktion HDR (»high dynamic range«) sind auch qualitative und detailgetreue Aufnahmen bei schwierigen Sichtverhältnissen möglich. Die Aufnahmen werden auf Micro-SD-Speicherkarte bis maximal 32 GB gesichert.

Im Jahr **2017** wurden in Nordrhein-Westfalen **484 Menschen im Straßenverkehr getötet.** Auch wenn dies einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr bedeutet, ist jedes Verkehrsunfallopfer eins zu viel. 484 Menschen sind mehr als in einem gesamten modernen ICE-Zug Platz finden könnten. **484 Menschen könnten 44 Fußballmannschaften aufstellen,** das sind mehr Mannschaften als in der ersten und zweiten Bundesliga zusammen. 484 Menschen sind mehr als das Doppelte aller Landtagsabgeordneten in NRW.

Foto: Fotolia, benjaminolte

484 Menschen sind verstorben, bei denen Angehörige, Freunde und Familie damit konfrontiert werden, dass ein Mensch unerwartet aus dem Leben geschieden ist.

Da die Sicherheit der Menschen im Straßenverkehr in NRW oberste Priorität genießt, wurde die »Fachstrategie Verkehrsunfallbekämpfung« überarbeitet und um wichtige Punkte ergänzt: Durch qualitativ hochwertige, ganzheitliche und integrative Verkehrskontrollen mit moderner Ausstattung wird die Wirksamkeit der Verkehrssicherheitsarbeit verbessert und damit ein wesentlicher Beitrag zur Inneren Sicherheit in einem interdisziplinären Ansatz geleistet.

Der gesetzliche Auftrag für die Sicherheit der Menschen im Straßenverkehr zu sorgen, muss daher durch die Polizei directionsübergreifend wahrgenommen werden.

Fortschreibung der »Fachstrategie Verkehrsunfallbekämpfung« Neue Grundsätze und Erfolgsfaktoren

Viele Einflüsse und Herausforderungen wirken sich auf die Verkehrsunfallbekämpfung der Polizei in Nordrhein-Westfalen aus: Hohes Verkehrsaufkommen, viele Baustellen, zunehmende Digitalisierung, automatisiertes Fahren, die künftige Personalentwicklung und die Innere Sicherheit sind Faktoren, die es für die neue Ausrichtung der Fachstrategie zu berücksichtigen galt. Außerdem eine wichtige Erkenntnis: Die Verkehrssicherheitsarbeit steht mit anderen polizeilichen Tätigkeitsfeldern in engem Zusammenhang. Dies belegt unter anderem auch eine wissenschaftliche Arbeit, in der die Zusammenhänge zwischen dem Verursachen von Verkehrsunfällen und dissozialem bzw. kriminellem Verhalten erforscht wurden. In einer Untersuchung konnte ein Experte feststellen, dass die Wahrscheinlichkeit nach einem verursachten schweren Unfall erneut polizeilich in Erscheinung zu treten auf das bis zu 4,6-fache ansteigt. Die Wechselbeziehung polizeilicher Aufgaben wird in der überarbeiteten Strategie nun besonders berücksichtigt.

Untersuchungen der Bundesanstalt für Straßenwesen haben gezeigt, dass bei bestimmten Verkehrsteilnehmenden (Personenkraftwagenführende) in Bezug auf die Einhaltung einzelner straßenverkehrsrechtlicher Verhaltensvorschriften wie die der Benutzung von Rückhaltesystemen konstant eine Regelkonformität von nahezu 100 Prozent feststellen lässt.

Allerdings sind es andere Gruppen, wie die des Güterkraftverkehrs, die gewisse Vorschriften zunehmend vernachlässigen. Bei dieser Gruppe ist eine Abnahme der Quote der Benutzung von Rückhaltesystemen von 88 Prozent (2016) auf 82 Prozent (2017) zu verzeichnen.

Diese Untersuchungen sind ein exemplarischer Beleg für das Erfordernis einer zielgruppenorientierten Verkehrsunfallbekämpfung, um sowohl die objektive als auch die subjektive Entdeckungswahrscheinlichkeit für bestimmte Delikte zu erhöhen.

Grundsätze als Richtlinien

Die folgenden Grundsätze bestimmen künftig die Fachstrategie Verkehrsunfallbekämpfung der Polizei NRW:

- > Der Blitzmarathon hat sich als ungeeignet erwiesen und wird daher eingestellt. Allerdings muss jederzeit und überall mit unangekündigten Verkehrskontrollen gerechnet werden.
- > Bei Verkehrskontrollen werden die Fahrzeuge grundsätzlich angehalten und die Insassen überprüft, denn jede Kontrolle ist gleichzeitig Fahndung. Außerdem ist die Wirkung verkehrsdidaktischer Gespräche von Seiten der Polizei wissenschaftlich belegt. Durch Verkehrskontrollen Polizeipräsenz zu zeigen ist zudem ein wesentlicher Beitrag zur Inneren Sicherheit.

- > An Stellen, wo kein Anhalten möglich oder geboten ist, findet die Verkehrsüberwachung durch Technik statt.
- > Verkehrskontrollen werden ebenso dort durchgeführt, wo Schwächere gefährdet sind.
- > Polizeipräsenz ist insbesondere an Brennpunkten besonders wirksam.
- > Polizeiliche Maßnahmen finden integrativ und übergreifend statt. Die Bündelung von Kräften, Kompetenzen und Einsatzmitteln aller Direktionen erhöhen dabei die Wirkung polizeilichen Auftretens. Bei herausfordernden polizeilichen Sachverhalten wird das Expertenwissen aus verschiedenen Bereichen eingesetzt, um bei der Einsatzbewältigung einen größeren Handlungsspielraum zu erreichen. Dadurch werden kriminelle Szenen gezielt bekämpft und wichtige Ermittlungsansätze gewonnen. Die Polizei verschafft sich außerdem mehr Respekt.
- > Gegen Raser, rücksichtsloses Verhalten und andere sozialschädliche Verhaltensweisen geht die Polizei mit einer Null-Toleranz-Strategie vor.

/// Björn Tuschen, IM NRW

Erfolgsfaktoren siehe nächste Seite >

ERFOLGSFAKTOREN ALS STEUERUNGS- INSTRUMENT

Mithilfe von Erfolgsfaktoren kann man die Wirksamkeit polizeilicher Maßnahmen überprüfen. Gleichzeitig ermöglichen sie es, bei den einzelnen Behörden Optimierungsbedarfe in der strategischen Ausrichtung zu identifizieren. Die bestehenden vier Erfolgsfaktoren wurden daher im Rahmen der neuen Fachstrategie angepasst und um zwei neue Erfolgsfaktoren ergänzt:

Gemeinsam konsequent vorgehen

Die Polizei schreitet bei sämtlichen Verkehrsverstößen konsequent ein. Dadurch wird die scheinbare Legalität mancher Verstöße aufgehoben sowie örtliche Unfallbrennpunkte und -ursachen bekämpft. In integrativen Präsenzkonzepten werden gemeinsam mit anderen Behörden polizeiliche Brennpunkte identifiziert, damit Kräfte dort gebündelt eingesetzt werden können.

Intensive Ermittlungen bei Unfallflucht anstellen

Insbesondere Verkehrsunfallfluchten, bei denen Menschen verletzt worden sind, erfordern einen hohen Qualitätsstandard bei der Unfallaufnahme und -bearbeitung. Spuren werden daher qualifiziert gesucht und gesichert. Moderne Technik und Fachpersonal unterstützen die intensiven Ermittlungen.

Unfallursachen gezielt bekämpfen

Die Bekämpfung der landesweit häufigsten Ursachen von schweren Verkehrsunfällen mit Personenschäden rückt noch mehr in den Fokus. Wichtige Faktoren sind hierbei überhöhte/nicht angepasste Geschwindigkeit, Alkohol und Drogen sowie die Ablenkung durch die verbotswidrige Nutzung elektronischer Geräte im Straßenverkehr.

Überwachung des Personen- und Güterverkehrs durch alle Kreispolizeibehörden

Gravierende Verstöße unter Beteiligung des Personen- und Güterverkehrs führten innerhalb von fünf Jahren zu einem dramatischen Anstieg der Unfälle an Stauenden auf über 44 Prozent. Um diesen schweren Verkehrsunfällen entgegenzuwirken, werden die Kontrollen der Zielgruppen in allen Kreispolizeibehörden ausgeweitet und niederschwellig überwacht. Betroffene Zielgruppen müssen damit rechnen, überall und regelmäßig kontrolliert zu werden.

Strategische Fahndung einsetzen

Der Kontroll- und Fahndungsdruck wird künftig erhöht. Da Straftäter ohne Rücksicht auf Grenzen agieren und überregionale Verkehrswege sowie Rast- und Parkplätze nutzen, sind besondere polizeiliche Maßnahmen erforderlich. Kontrollinstrumente im Sinne einer Strategischen Fahndung begleiten diesen Ansatz, sodass auch mit Kooperationspartnern grenzüberschreitende Kriminalität, Aufenthaltsverstöße und andere Straftaten aufgeklärt bzw. verhindert und Gefahren wie Terroranschläge abgewehrt werden können.

Verbotene Kraftfahrzeugrennen und Intensivtäter stoppen

Es wird konsequent gegen Personen vorgegangen, die verbotene Kraftfahrzeugrennen durchführen. Trotz der Einführung des Straftatbestandes § 315d des Strafgesetzbuches im Oktober letzten Jahres werden noch immer Kraftfahrzeugrennen begangen. Täterinnen und Täter werden von der Polizei zügig identifiziert. Es werden außerdem wirksame Maßnahmen getroffen, damit Straftaten verhindert und rücksichtsloses Fahrverhalten rigoros unterbunden wird.

Persönlich, verbindlich, zuversichtlich

Feierliche Vereidigung von 2.300 Kommissar-anwärterinnen und -anwärtern in Köln



NRW-Innenminister Herbert Reul begrüßt die Kommissaranwärterinnen und -anwärter beim Aufstellen zum Einzug in die Lanxess-Arena.

»Ihre Kinder haben den spannendsten, abwechslungsreichsten und schönsten Beruf der Welt gewählt. Das sage ich mit voller Überzeugung.« Mit diesen Worten stimmt Kölns Polizeipräsident Uwe Jacob Anfang Mai die 2.300 jungen Polizistinnen und Polizisten auf das zweite Jahr ihrer Ausbildung ein – am Tag ihrer gemeinsamen feierlichen Vereidigung in der Kölner Lanxess Arena.

Bei strahlendem Frühlingswetter und sommerlichen Außentemperaturen kommen die jungen Polizistinnen und Polizisten getrennt von ihren Angehörigen nach Köln. Noch ahnt keiner, wie emotional diese Vereidigungsveranstaltung werden wird. Während die Familien bereits seit einer Stunde auf den Rängen der Lanxess Arena sitzen und vom Landespolizeiorchester unter Scott Lawton bestens unterhalten werden, wartet man draußen noch auf die Ankunft der letzten Busse mit den Anwärterinnen und Anwärtern, die heute zum ersten Mal ihre Uniform in der Öffentlichkeit tragen. Der feierliche Einzug der 2.300 jungen Menschen in den bestuhnten Innenraum der großen Arena ist ein erster Höhepunkt des Tages.



Der Kölner Polizeipräsident Uwe Jacob

»Wir werden auf sie aufpassen«

Nicht nur die Familien, Partnerinnen und Partner des Einstellungsjahrgangs 2017 sind da, auch zahlreiche Ehrengäste aus der Landespolitik, aus dem Ministerium des Innern NRW, aus den Ausbildungsbehörden – und natürlich Uwe Jacob, der Präsident des durchführenden Polizeipräsidiums Köln. Er macht in seinen Begrüßungsworten klar: »Wir Polizistinnen und Polizisten stehen zusammen, wir stehen zueinander trotz aller Anforderungen, die der Polizeiberuf mit sich bringt. Denn am Ende wollen wir alle gesund nach Hause zurückkehren.« Alle Redner dieser zentralen Vereidigung finden sehr persönliche Worte, so auch Uwe Jacob. Er wendet sich direkt an die Angehörigen und berichtet aus seiner Lebensgeschichte: »Ich bin selbst Vater von inzwischen erwachsenen Kindern. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als ich vor über vierzig Jahren in Duisburg Streife gefahren bin, sagte meine Mutter jedes Wochenende vor dem Spät- und Nachtdienst zu mir: »Junge, komm gut nach Hause.«« Er versichert den Angehörigen: »Wir alle sind uns der Verantwortung für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen bewusst. Wir werden auf sie aufpassen.«

Die sicherheitspolitische Agenda der Landesregierung

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet betont zunächst, dass er in seinem ersten Jahr als Ministerpräsident noch nie vor so vielen Menschen gesprochen habe wie an diesem Tag. Zunächst macht er den angehenden Polizistinnen und Polizisten die Bedeutung ihres Eides klar: »Der Eid sagt, dass man Ja sagt zu einem Beruf, der verantwortungsvoll ist. Es ist mehr als nur ein Beruf. Jede und jeder von Ihnen repräsentiert gleichzeitig unser Land, unsere Werte und unsere Gesetze. Der Eid ist ein bindendes Versprechen, dass Sie diese Werte und Regeln auch durchsetzen, wenn diese Werte und Regeln von wem auch immer in Frage gestellt werden.« Konkret heißt das für Laschet: »Wir legen das Gewaltmonopol des Staates in Ihre Hände. Sie müssen damit umgehen. Verantwortungsvoll, im Rahmen der Gesetze.« Es seien sicher keine einfachen Zeiten, in denen sie ihren Dienst beginnen würden, so Laschet, aber: »Das Zutrauen der Menschen in die Polizei ist nach meinem Gefühl heute höher denn je.« Er sagte im Namen der Landesregierung mehr Personal, mehr Befugnisse im täglichen Dienst, die bestmögliche Ausstattung sowie das Einstehen für den Respekt vor Polizistinnen und Polizisten zu.

Ministerpräsident Laschet nutzt seine Rede auch dafür, um die sicherheitspolitische Linie seiner Regierung darzulegen: »Eine Demokratie kann in Gefahr geraten, wenn sie nicht in der Lage ist, Sicherheit herzustellen. Deshalb ist in Ihrem täglichen Dienst diese größere Aufgabe auch eine, bei der Sie mitarbeiten.« Seitens der Landespolitik kündigt er an: »Es gibt ein großes Sicherheitspaket, das der Innenminister vorgelegt hat und das noch bis zur Sommerpause im Landtag beschlossen werden soll.« Schon im Nachtragshaushalt 2017 habe es ein Paket für die Polizei NRW »mit Schutzwesten, mit Helmen, mit allem, was dazu gehört« gegeben. »damit der, der in den Einsatz geht, so viel Schutz wie möglich von seinem Dienstherrn erhält.«

Die Landesregierung habe zudem die 2016 eingeführte Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten wieder

abgeschafft. Laschet weist auch darauf hin, dass das Land 500 zusätzliche Polizeiverwaltungsassistenten einstelle, die sich mit dem Abarbeiten von Verwaltungsvorgängen beschäftigen und die Polizei NRW dadurch entlasten sollen. Er kündigt außerdem an, dass im September die erste von sechs geplanten Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten ihre Arbeit aufnehmen werde. Es soll auch wieder verdachtsunabhängige Kontrollen hinter der Grenze zu Belgien und den Niederlanden geben. Armin Laschet wünscht sich eine Polizei, in der sich auch widerspiegelt, dass inzwischen ein Viertel der Einwohner von Nordrhein-Westfalen eine Migrationsgeschichte haben. Er macht klar, welche Grundeinstellung er sich bei der Polizei wünscht: »Wichtig ist nicht, welche Religion oder welche Herkunft man hat, sondern: Kann ich mich auf dich verlassen? Da spielen Kultur, Herkunft, Religion keine Rolle. Deshalb ist es gut, dass sich auch in diesem Einstellungsjahrgang Menschen mit Migrationsgeschichte wiederfinden.«



NRW-Ministerpräsident Armin Laschet bei seiner Rede in der Lanxess-Arena

»Wir brauchen jeden von Ihnen!«

NRW-Innenminister Herbert Reul ist bereits zum zweiten Mal bei einer Vereidigungsfeier der Polizei NRW. Er erinnert sich in seiner Rede zunächst an die letztjährige Vereidigung in Dortmund. Das war sein erster Auftritt als Innenminister: »Es war ein ganz besonderer Tag, den ich in meinem Leben nie vergessen werde«, so Reul. Vor der Zeremonie habe er mit vielen Anwärterinnen und Anwärtern gesprochen: »Ich habe in meinem Leben noch nie so viele junge, engagierte, begeisterte, starke Typinnen und Typen gesehen.«

Auch dem aktuellen Einstellungsjahrgang 2017 zollt er seinen Respekt: »Sie sind ausgewählt aus 9.373 Bewerbern. Glückwunsch!« Reul ist davon begeistert, wie viele junge Leute an diesem Beruf interessiert seien und Lust darauf hätten, diesen attraktiven Beruf wählen zu können. Er betont aber auch die Verantwortung, die mit dem Eid verbunden ist: »Sie werden Ihre Uniform anziehen und bei ihrer ersten Praktikumsstelle anfangen. Ab sofort werden Sie von jedem als Polizistin und Polizist wahrgenommen.« >



NRW-Innenminister Herbert Reul setzt auf die Empathie und den Teamgeist der Anwärterinnen und Anwärter.

Aus seiner Position als Dienstherr gibt Reul den angehenden Polizistinnen und Polizisten einige Empfehlungen mit auf den Weg: »Treten Sie überzeugt und selbstbewusst auf. Nicht arrogant und besserwisserisch. Zeigen Sie Empathie für die Menschen, die Ihre Hilfe brauchen. Passen Sie aufeinander auf. Unterstützen Sie sich gegenseitig. Und wenn es schwierig wird, seien Sie vorsichtig.«

Wer Respekt für den Polizeiberuf bei den Bürgerinnen und Bürgern einfordere, der müsse auch selbst respektvoll mit den Bürgerinnen und Bürgern umgehen: »Identifizieren Sie sich mit Ihrer besonderen Aufgabe. Zeigen Sie das jeden Tag in Ihrer Haltung, Ihrem Aussehen und Ihrem Verhalten. Halten Sie selber die Regeln ein. Benehmen Sie sich ordentlich. Sie prägen das Bild des freiheitlichen Staates, der Bundesrepublik Deutschland.«

Reul schickt die Kommissaranwärterinnen und -anwärter mit einem großen Vertrauensvorschuss in die nächste Phase ihrer Ausbildung: »Ich vertraue Ihnen. Ich glaube, Sie machen alle einen super guten Job,« so Reul. Angesichts der vielfältigen Aufgaben bei der Polizei in NRW schließt er noch eine Bitte an: »Versprechen Sie mir alle, dass Sie die Prüfung bestehen. Denn wir brauchen alle. Wir können auf keinen verzichten.«



Die Vielfalt der Arbeit bei der Polizei zeigt sich auch in den zahlreichen Uniformen.



Dr. Tania Rusca und Marcel Moll hatten das Publikum bei ihrer Rede als Vertreter der Studierenden ganz auf ihrer Seite.

Die Bedeutung des Eids und der Solidarität untereinander

In Zentrum der Rede von Polizeiseelsorger Marcus Freitag stehen dann die beiden Begriffe »Autonomie und Solidarität, oder auch Selbstfindung und Nächstenliebe.« Unter dem Punkt »Autonomie/Selbstfindung« führt der Seelsorger und Ethiklehrer die von Ministerpräsident Laschet schon angesprochene Bedeutung des Eides näher aus. Die Solidarität und Nächstenliebe der angehenden Polizistinnen und Polizisten gelte den Menschen in NRW. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, könnten sie auf vielfältige Unterstützung vertrauen. »Ich sage Ihnen heute die Solidarität und die bleibende Hilfe der Polizeiseelsorge zu, auf die Sie im Wissen auf absolute Vertraulichkeit immer zurückgreifen können.« Und er fügt hinzu: »Immer dann, wenn Sie am Ende Ihrer Kräfte zu sein scheinen, bietet Ihnen der Glaube eine zusätzliche Hilfe an.«

»Aber jetzt mal ehrlich...«

Eine ganz besondere Form der Doppelmoderation haben sich an diesem Tag die beiden Vertreter der Studierenden ausgedacht, es sind Dr. Tania Rusca und Marcel Moll. Die promovierte Geisteswissenschaftlerin hat am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn gearbeitet, bevor sie sich für den Polizeiberuf entschied – Marcel Moll hat einen beruflichen Hintergrund als Physiotherapeut und Fitnesscoach.

Während sie beschreibt, wie eine Rede »in der Regel« gut aufgebaut ist und was darin vorkommen soll – von der Begrüßung der Gäste bis zu guten Wünschen am Schluss – fällt er ihr immer

wieder mit der Formulierung »Aber seien wir mal ehrlich« ins Wort und berichtet, wie die Anwärter des Jahrgangs 2017 ihre Situation wirklich empfinden. »Heute geht es darum, dass wir uns feiern. Wir bestehen aus Lebenskünstlern aus allen Bereichen. Wir haben uns gegen rund 8.000 Bewerber durchgesetzt. Alleine darauf können wir stolz sein. Wir sollten von dem Gefühl erzählen, dass hier jeder hatte, als er den Brief mit der Zusage aufgerissen hat.« Die beiden ergänzen sich perfekt und bringen die Erfahrungen, Hoffnungen und Wünsche ihrer Kolleginnen und Kollegen gut auf den Punkt. »Sensibilität und Empathie werden in unserer täglichen Arbeit eine sehr große Rolle spielen und neben Rechtskenntnissen und taktischen Erwägungen die Grundlagen für all unsere Entscheidungen sein.« Sie vermitteln den Eindruck, dass sie es wirklich ernst meinen mit ihrem Beruf, dass sie Teil der Polizei NRW sein wollen, »durch und durch und ganz und gar«, wie Tania Rusca anschließend betont. >

»Freiheit, Freiheit...«

Nach dieser emotional bewegenden Rede werden im Publikum die eigens aus Italien angereisten Eltern von Tania Rusca willkommen geheißen. Auch alle Anwärterinnen und Anwärter, die an diesem Tag Geburtstag haben, werden persönlich aufgerufen, auf die Bühne geholt und erhalten unter großem Applaus der ganzen Halle ein Geschenk aus den Händen von NRW-Innenminister Herbert Reul.

Einen wesentlichen Beitrag zur guten Atmosphäre dieser Verteidigung leisten auch Polizeihauptkommissar Michael Mattern (u. a. mit seinem 2016 erstmals vorgetragenen Rap »Polizei ist...«), Kriminalhauptkommissar Oliver Schmitt (»Circle of life«) sowie Polizeikommissar Steffen Wüst, der zwar mit bandagiertem Fuß auftritt, aber das Publikum ganz besonders mitreißt. Er wird von der Jazz-Rock-Pop-Band des Landespolizeiorchesters NRW unter der Leitung von Hans Steinmeier professionell begleitet.



PHK Michael Mattern



PK Steffen Wüst



Fotos (5): Jochen Tack



KOK Oliver Schmitt



Ab zum Mützenwurf!

Nachdem der feierliche Eid geleistet ist, der vom Leitenden Polizeidirektor Martin Lotz abschnittsweise vorgesprochen und von allen Kommissaranwärterinnen und -anwärtern nachgesprochen wird, stimmt Steffen Wüst den Song »Freiheit« von Marius Müller-Westernhagen an. Als er den Refrain zum ersten Mal singt, stehen spontan einige Anwärterinnen und Anwärter auf. Beim zweiten Refrain sind es schon einige mehr und die ersten Handy-Lichter leuchten auf. Beim Ende des Songs stehen alle Menschen in der Halle – auch die Angehörigen und die Ehrengäste. Viele schwenken ihre Handy-Lampen. Ein Lichtermeer erfüllt die Halle. Ein solcher Abschluss ist nicht planbar. Doch wenn man Glück hat, entstehen solche magischen Momente. >



Der Mützenwurf ist ein Highlight jeder Vereidigung.

Dann beenden die beiden Moderatoren des Tages, Polizeihauptkommissar Frank Piontek und Polizeikommissarin [REDACTED] nach genau zwei Stunden das Programm und leiten alle Anwesenden aus der Halle auf das Außengelände der Lanxess Arena, wo sich die Kommissaranwärterinnen und -anwärter mit ihren Familien bei der Leistungsschau der Polizei NRW ein Bild ihres künftigen Arbeitsplatzes machen können. Ein Helikopter, ein Wasserwerfer sowie diverse Info-Stände vom Verkehrsunfallaufnahme-Team bis zur Landesturnriege bieten den Anlass für neugierige Blicke und interessierte Fragen. Und natürlich entsteht wie in jedem Jahr das schöne Foto, bei dem alle frisch Vereidigten auf den Stufen vor der Lanxess Arena stehen und ihre Mützen in den strahlenden Maihimmel über Köln werfen. // **Walter Liedtke**



Bei der Leistungsschau konnten sich die Anwesenden vom Können der Polizei NRW überzeugen.



Tutor bei der Polizei in Köln Steigende Zahl von Praktikanten ist eine Herausforderung

Vor neun Jahren stand Sascha Wallmeroth selbst in der Lanxess Arena und wurde als einer von 1.100 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern vereidigt. Er hielt damals eine Rede im Namen aller Studierenden. Heute ist Wallmeroth als Polizeioberkommissar bei der Polizeiinspektion 1 in Köln im Bereich Gefahrenabwehr/Einsatz tätig. Und er ist einer der vielen Tutorinnen und Tutoren der Polizei NRW, die einen wichtigen Beitrag zur Qualität der Ausbildung leisten.

Die Streife: Merken Sie, dass das Land NRW immer mehr Kommissaranwärterinnen und -anwärter (KA) einstellt?

Wallmeroth: Ja, klar. Wir brauchen immer mehr Tutoren – und die Tutoren haben immer weniger Zeit ohne Betreuung von KA. Wer Tutor ist, hat fast permanent eine Praktikantin oder einen Praktikanten dabei. In manchen Zeiten können nicht alle Auszubildenden in Streifenwagen mitfahren, sondern müssen in anderen Aufgaben unterwiesen werden. Wir machen das Beste aus der Situation, damit sie ihre praktischen Erfahrungen sammeln können. Aber wir kommen durch die hohen Einstellungszahlen an unsere Belastungsgrenzen.

Die Streife: Wie sieht die Tutorentätigkeit in der Praxis aus?

Wallmeroth: Wir erklären den Praktikanten beispielsweise, wie die Arbeit in der Wache abläuft, welche speziellen Begriffe sie kennen müssen und wie sie sich auf den Dienst vorbereiten können. Die Praktikanten führen auch erste Gespräche mit dem Bürger. Nach jedem Einsatz gibt es ein reflektierendes Gespräch mit den Tutoren. So führen wir sie schrittweise an die Praxis heran. Die Kollegen, die heute vereidigt werden, kommen im Juli in ihr erstes Praktikum. Sie hatten bis dahin Theorie und Training und haben verschiedene Situationen schon in Rollenspielen geprobt. Diese sind zwar realistisch, aber mit dem Bürger auf der Straße machen sie kein Rollenspiel, sondern müssen reale Einsätze bewältigen.

Die Streife: Lläuft das für alle Praktikanten gleich?

Wallmeroth: Grundsätzlich schon, aber einige sind begabter in der Kommunikation, andere sind etwas schüchterner. Da muss der Tutor individuell reagieren und mit den Praktikanten trainieren. In der Regel ist es aber so, dass die KA im Lauf ihres Praktikums regelrecht aufblühen, weil sie erstmals einen Bezug zum realen Alltag der Polizei haben. Sie erfahren: Was ich in der Theorie gelernt habe, kann ich jetzt praktisch umsetzen.

Die Streife: Was sind wichtige Herausforderungen für die Praktikanten?

Wallmeroth: Es kommen sehr viele neue Eindrücke auf die Kollegen zu. Sie lernen, mit der Wache, dem Streifenwagen und den Bürgern umzugehen. Aber sie müssen sich zum Beispiel auch an den Schichtdienst mit Wochenendarbeit gewöhnen.

Die Streife: Was ist für Sie die Motivation, als Tutor weiterzumachen?

Wallmeroth: Es motiviert mich und meine Tutorenkollegen, wenn man jemanden über drei Jahre begleitet hat und den Entwicklungsprozess sieht und man erlebt nachher einen fertigen Polizeibeamten, der auf der Straße seinen Dienst versieht. Allerdings bedeutet die Tätigkeit als Tutor schon heute zusätzlichen Zeitaufwand. Auch über das normale Dienstende hinaus sitzt man oft mit den Praktikanten zusammen und erklärt ihnen etwas. Und ab dem kommenden Jahr werden Praktikanten bis auf wenige Wochen ständig auf der Wache sein. Aber trotz aller Belastung kann man auf die Tutorentätigkeit wirklich stolz sein.

/// Das Interview führte **Walter Liedtke**



Fotos: (5) Jochen Tack

POK Sascha Wallmeroth ist Tutor im Polizeipräsidium Köln und betreut KA's in der Praxiszeit.

Studium an der FHÖV Die Qualität der Lehre und die besten Talente sichern

Polizeihauptkommissar Jochen Schramm ist Sprecher des Fachbereichs Polizei bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHÖV) in NRW. Er arbeitet an den Studienorten Köln und Gelsenkirchen, aber die Fachhochschule besitzt zahlreiche weitere Standorte, an denen auch die Kommissaranwärterinnen und -anwärter den theoretischen Teil ihrer Ausbildung absolvieren: In Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Hagen, Herne, Mülheim/Ruhr und Münster. Die FHÖV muss dem zusätzlichen Bedarf an Polizistinnen und Polizisten in der Praxis gerecht werden. Nicht immer ist das Studium wohnortnah möglich.

Die Streife: Warum lässt die Polizei NRW ihre Kommissaranwärterinnen und -anwärter überhaupt studieren?

Schramm: Das Studium zielt nicht nur auf die Lehre zu polizeilichen Fächern im engeren Sinn, sondern weitet den Blick darüber hinaus zum Beispiel in die Politik- und Sozialwissenschaften, damit bei dieser Ausbildung ein umfangreich für alle polizeilichen Belange ausgebildeter Polizeibeamter herauskommt.

Die Streife: Warum ist Ihnen dieser »Blick über den Tellerrand« hinaus so wichtig?

Schramm: In der polizeilichen Arbeit steht der Bürger im Mittelpunkt. Ein adäquates Handeln von Polizisten setzt natürlich auf der einen Seite fundierte Rechtskenntnisse voraus, andererseits sind aber auch Kenntnisse von Umständen, die Handlungen von Bürgern verursachen, und der angemessene Umgang mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen eine Grundvoraussetzung, um erfolgreich polizeilich arbeiten zu können.

Die Streife: Arbeiten alle Dozenten des Bereichs Polizei an der FHÖV ausschließlich für diesen Ausbildungsgang?

Schramm: Wir haben Rechts-, Geistes- und Sozialwissenschaftler als Lehrkräfte, die keine Polizisten sind. Einige unterrichten ausschließlich die angehenden Polizistinnen und Polizisten, andere lehren auch in den allgemeinen Verwaltungs- und Rentenversicherungsstudiengängen der FHÖV.

Die Streife: Viele Ihrer Dozenten sind selbst Polizistinnen und Polizisten...

Schramm: Ja. Einige sind auf Dauer zur Fachhochschule versetzt, die meisten aber im Weg der Abordnung für die Dauer von drei Jahren. Wir hätten mehr davon, wenn diese Abordnungen länger dauerten, denn die Lehrleistung der meisten Lehrkräfte verbessert sich, wenn sie ihre Inhalte mehrfach vermittelt haben. Dann tritt eine größere Sicherheit ein. Außerdem läuft das begleitende Fortbildungsangebot der Fachhochschule für Dozenten zwei bis drei Jahre. Das heißt: Wenn sie didaktisch ausgebildet sind, verlassen sie die Fachhochschule bald schon wieder. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen würde sicher helfen, weiterhin gute Lehrende aus der Polizei zu gewinnen und sich dadurch positiv auf die Lehrqualität insgesamt auswirken.

Die Streife: Ist die FHÖV auf die steigende Zahl der Studierenden ausreichend vorbereitet?

Schramm: Im Prinzip schon, aber es besteht noch Handlungsbedarf. Ein Beispiel: Die Verteilung der Studierenden erfolgt aufgrund der Kapazität der Studienorte sowie der Bildungszentren des LAFF. Weil die Fahrtzeiten manchen Studierenden dadurch unzumutbar erscheinen, springen einige sehr gut geeignete Kandidaten leider frühzeitig wieder ab. Jeden Tag 80 bis 100 Kilometer für eine Strecke zu fahren, ist ihnen zu viel. Das finden wir natürlich nicht gut. Das Vertrackte ist: Vermieter an den Standorten der Bildungszentren und den Fachhochschulstandorten haben den Bedarf an häufig nur kurzzeitig benötigten Wohngemeinschaften für junge Polizeibeamtinnen und -beamte mitbekommen und dementsprechend die Mieten so weit erhöht, dass sich die Studierenden diese Mieten oft nicht leisten können. Ganz konkret heißt das: In Köln zum Beispiel müssen demnächst 169 von 309 Studierenden täglich nach Duisburg fahren, weil wir in Köln leider keine größeren Kapazitäten haben. Das Praktikum in Köln, das Training in Brühl und das Theoriestudium in Duisburg – eine solche Verteilung ist sicher noch nicht optimal. Vergleichbare Situationen sind auch im Ruhrgebiet und vor allem in den östlichen Landesteilen festzustellen. */// Das Gespräch führte Walter Liedtke*



PHK Jochen Schramm, Sprecher des Fachbereichs Polizei an der FHÖV NRW

Foto: Jochen Tack

Drittes Social-Media-Barcamp an der DHPol Die Polizei muss am virtuellen Ball bleiben

Zum dritten Mal trafen sich im April polizeiliche Social-Media-Experten aus allen Bundesländern in Hilstrup, um über die virtuelle Zukunft der Polizei zu diskutieren. Für diesen Austausch hat sich das Format eines Barcamps bei der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) bewährt und etabliert. Ins Leben gerufen wurde das polizeiliche Barcamp von Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Stefan Jarolimek. Er leitet das Fachgebiet Kommunikation, Medien und Öffentlichkeitsarbeit an der DHPol und ist einer der führenden Polizeixperten im Bereich Social Media. In insgesamt 19 verschiedenen Sessions wurden Themen wie der Umgang mit Kritik, die Etablierung eines Social Intranet, die eigene Medienkompetenz sowie der allgemeine Bereich der Aus- und Fortbildung oder die Nutzung der Dienste Xing und LinkedIn diskutiert. In einer abschließenden großen Fragerunde konnten vor allem neue Teilnehmende von gestandenen Profis lernen. Keine Frage blieb unbeantwortet.

Kommunikationsformen wie die SMS werden zum Auslaufmodell und sterben aus. Im gleichen Zeitraum etablieren sich innerhalb kürzester Zeit neue Dienste wie WhatsApp als geradezu selbstverständlich und unverzichtbar. 65 Milliarden WhatsApp-Nachrichten werden täglich weltweit versendet, in Deutschland tragen dazu inzwischen über 50 Millionen Nutzer bei. Wie kann die Polizei solche Dienste sinnvoll nutzen? Wo finden sich Best-Practice-Beispiele? Wie können Chatbots die Polizei unterstützen? Und was passiert, wenn die Polizei einfach nichts tut? All diese Themen wurden in vielen verschiedenen Sessions diskutiert. Die heterogene Social-Media-Landschaft der Polizei in Deutschland sorgte für einen regen Austausch weit über den geplanten Zeitrahmen hinaus. Einig sind sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Frage der Notwendigkeit. Die Frage, ob die

Polizei in den sozialen Medien aktiv sein sollte, stellt sich schon längst nicht mehr. Im Fokus steht die Frage, auf welchen Social-Media-Plattformen wie agiert wird. Die Polizei muss am virtuellen Ball bleiben, um den Anschluss nicht zu verlieren. Kommuniziert die Polizei selber nicht aktiv, tun es andere für die Polizei.

Die Polizei muss auch virtuell dorthin, wo die Menschen sind

Die Plattformen werden sich immer wieder verändern, Bildformate werden sich angleichen, neue Möglichkeiten werden geschaffen, bestehende Möglichkeiten werden kopiert und aktuell noch am Markt etablierte Netzwerke verschwinden. Es bleibt aber nach wie vor dabei, dass die Polizei diese Möglichkeiten mit ihren Botschaften und Inhalten nutzen kann, um zu informieren, zu interagieren und künftig zum Beispiel auch in Eins-zu-Eins-Beratungen einzusteigen. Es wächst eine Generation heran, für die virtuelle Kommunikationsformate eine Selbstverständlichkeit sind. Darauf muss sich auch die Kommunikation der Polizei einstellen. // Guido Karl, Landesredaktion Online-Dienste, IM NRW



WAS IST EIN BARCAMP?

Ein Barcamp (auch »Unkonferenz«) ist eine offene Tagung ohne festes Programm. Die Inhalte werden von den Teilnehmenden zu Beginn selbst festgelegt und im Anschluss in verschiedenen Workshops (»Sessions«) diskutiert. Ein Barcamp fordert die aktive Beteiligung aller Anwesenden. In der Social-Media-Szene ist dieses Format seit Jahren etabliert. Für das Barcamp der DHPol wurden die barcamptypischen Regeln aufgestellt:

1. No tourists! Das heißt, es nehmen ausschließlich Kolleginnen und Kollegen teil, die mit dem Thema arbeiten.
2. Bei deinem ersten Barcamp musst du präsentieren.
3. Es gibt keine dummen Fragen oder Vorschläge.

Neue Beihilfe-App Jeden Tag gehen bereits 1.000 Anträge ein

Seit April dieses Jahres können Beihilfeberechtigte, die bislang ihre Belege in Papierform an die Zentrale Scanstelle nach Detmold gesendet haben, dies deutlich schneller, kostengünstiger und bequemer über eine App machen. Für die gängigen Plattformen Apple (iOS) und Android steht die »Beihilfe NRW«-App im App Store sowie im Playstore zum kostenlosen Download zur Verfügung. Entwickelt wurde die App unter Federführung des Ministeriums der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit IT.NRW, der Zentralen Scanstelle in Detmold und IBM.



Startet man die App zum ersten Mal, muss zunächst die Beihilfenummer eingegeben werden. Zur Sicherung gegen Unbefugte erhält man dann wenige Tage später einen Code zur Freischaltung in Papierform. Über die App können im Anschluss die Belege entweder einzeln oder gesammelt ab fotografiert und verschlüsselt an die Scanstelle übermittelt werden. Die eingereichten Belege kann man jederzeit noch einmal ansehen und sich über deren Status informieren. Das umständliche Ausfüllen von Formularen, das Fertigen von Kopien, der Postversand inklusive Frankieren entfallen ebenso wie

das spätere Einscannen in der Zentralen Scanstelle. Die Möglichkeit, seine Belege in Papierform zu übermitteln, besteht jedoch weiterhin. Seit dem Start ist die App etwa 65.000 Mal heruntergeladen worden. Es haben sich außerdem knapp 50.000 Nutzer registriert und es wurden mehr als 33.000 Anträge mit insgesamt etwa 150.000 Belegseiten eingereicht. Über die Beihilfe-NRW-App werden derzeit bereits 10 Prozent der Beihilfeanträge übermittelt, das sind rund 1.000 Anträge pro Tag.

Nicht alle können die App nutzen

Nicht alle kommunalen Beihilfestellen nutzen zur Bearbeitung der Anträge die App des Landes. Einige setzen eigene Lösungen ein oder sie haben die Beihilfebearbeitung an kommunale Versorgungswerke abgegeben. Im Bereich der Polizei NRW können daher im Moment nur die Kolleginnen und Kollegen in den Polizeipräsidien sowie in den Kreispolizeibehörden des Kreises Viersen, des Rheinkreises Neuss und des Oberbergischen Kreises die Beihilfe-NRW-App zum Einreichen ihrer Belege nutzen. // Guido Karl, Landesredaktion Online-Dienste, IM NRW



TECHNISCHE ANFORDERUNGEN

Die App »Beihilfe NRW« steht für Android im Playstore und für iOS im App Store zum Download bereit. Sie ist empfohlen für iPhone und iPad ab iOS-Version 10. Für mobile Android-Endgeräte wird der Einsatz ab Version 7 und einer Kameraauflösung ab 4,7 Megapixel empfohlen. Häufig gestellte Fragen werden unter <http://beihilfeappinfo.nrw.de/hilfe.html> beantwortet.



Foto: KPB HSK

Von links: Johanna Knippschild (Sozialer Dienst), Petra Feische (Projektbeauftragte Caritas), Beschäftigte Christina Grewe, Landrat Dr. Karl Schneider, Polizei-Abteilungsleiter Klaus Bunse, Standortleiter Michael Scholand, Verkehrssicherheitsberater Rolf Schemme, Projektleiter Sebastian Held.

Aus Alt mach Neu Wie aus unbrauchbaren Polizei-Bannern Taschen werden

Eine neue Kampagne, ein neues Design oder Beschädigungen: Das alles sind Gründe für das Abhängen alter Banner und Fahnen, die an Brücken, Geländern, oder in Rollups regelmäßig zum Einsatz kommen. Die ausgedienten Stoffe landen dann in der Regel erst einmal in den Kellern der Dienststellen und werden nach einiger Zeit entsorgt. Doch eigentlich ist es bedauerlich, dass diese teils hochwertigen Stoffe weggeworfen werden.

Die Polizei im Hochsauerlandkreis hat sich daher für eine ganz spezielle Variante der Wiederverwertung entschieden. Nachdem man in den Kellern der Dienstgebäude zahlreiche alte Banner- und Fahnenstoffe gesammelt hatte, machte man sich in der Region auf die Suche nach einem Partner für ein Recycling-Projekt. Aus den alten Stoffen sollten, wenn möglich, Taschen hergestellt werden. Die Werkstatt »EnTeC« in Meschede, die Menschen mit Behinderungen beschäftigt, traute sich dieses Projekt zu. Bereits im September 2017 konnten dann die ersten Stoffe an diese Caritas Werkstatt übergeben werden. Der Standortleiter Michael Scholand stellte eine Arbeitsgruppe

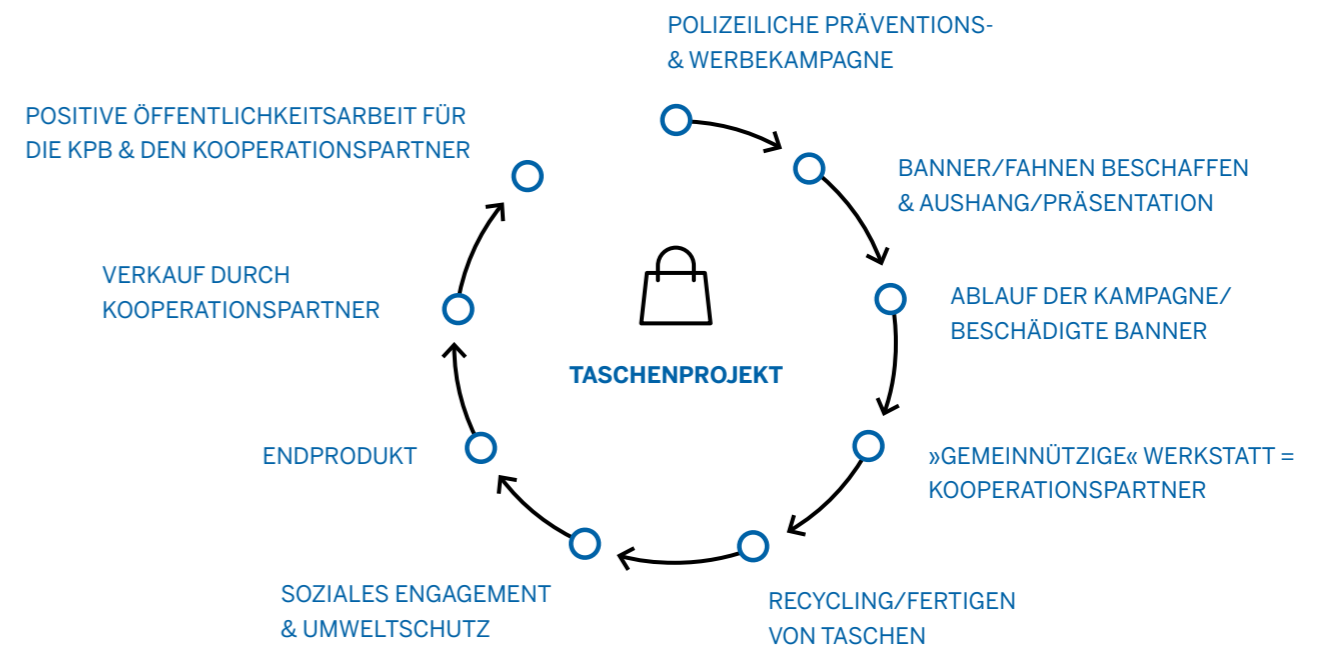
zusammen, die sich im Anschluss um die Ausgestaltung und Herstellung der Taschen kümmerte. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erstellten zunächst die ersten Schnittmuster und entwarfen die ersten Taschenmodelle. Von Seiten der Polizei gab es dabei keine speziellen Vorgaben. Die Arbeitsgruppe sollte selbstständig Ideen entwickeln dürfen. Im Dezember konnten dann die ersten Taschen intern präsentiert werden: Ein Shopping-Bag und die klassische Stofftüte waren die ersten Ergebnisse. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsgruppe unter der Federführung von Petra Feischer waren begeistert – genau wie die Kreispolizeibehörde. Gemeinsam entschied man sich nach den ersten Erfahrungen dann für vier Taschen-Modelle: Ein großer Shopping-Bag und eine Umhängetasche aus festem Bannermaterial sowie einen Turnbeutel und eine Einkaufstasche aus Stoff. Diese Taschen sollten zuerst produziert werden.

Jede Tasche ist ein Unikat

Mitte April 2018 war es dann soweit: Das Projekt konnte im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Durch die Präsentation erhoffte man sich weitere Mitstreiter, da der Kreispolizeibehörde Hochsauerlandkreis nach und nach die benötigten Stoffe ausgehen werden. Den Verkauf der Taschen, der ausschließlich der Produktionssicherung dient, organisiert die Caritas über lokale Caritas-Läden. Polizeiintern können die Taschen ebenfalls erworben werden. An jeder Tasche arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwei bis drei Stunden. Jede Tasche ist ein echtes Unikat und aus den Materialresten werden weitere Etais, Portemonnaies und Ähnliches genäht. »Im Hinblick auf den Umweltgedanken wird man mit diesem Projekt nicht die Welt verändern, aber man kann Denkanstöße geben und Vorbild sein«, sagte Landrat Dr. Karl Schneider bei der Pressekonferenz. Klaus Bunse, Abteilungsleiter Polizei der Kreispolizeibehörde Hochsauerlandkreis, ergänzte: »Es ist eine Win-Win-Situation. Wir können aus unseren alten Stoffen noch etwas Nützliches machen und unterstützen zeitgleich ein tolles soziales Projekt.« Und auch Caritas-Mitarbeiter Michael Scholand hofft auf Nachahmer: »Das soll Schule machen.« Er will seinerseits die Caritas-Verbände in ganz Deutschland auf dieses Projekt aufmerksam machen.

Macht mit!

Durch dieses Projekt entstehen der Kreispolizeibehörde keinerlei zusätzliche Kosten. Die Polizei bringt lediglich das ausgediente Grundmaterial zur Caritas, die dann die zusätzlichen Stoffe, wie Reißverschlüsse und Tragegurte, zur Fertigung der Taschen ergänzt. Mit dem Verkauf durch die Caritas werden die Material- und Personalkosten gedeckt. Wie sich dieses Projekt langfristig entwickelt, ist derzeit noch nicht klar. Fest steht jedoch: So lange es alte Fahnen- und Bannerstoffe in den Polizeikellern gibt, schaffen wir eine sinnvolle Arbeit für Menschen mit Behinderungen und leisten einen Beitrag in Sachen Umweltschutz. Schaut in die Keller und macht mit! // Sebastian Held, KPB Hochsauerlandkreis



Gewalt an Frauen Was ein Präventionsseminar leisten kann

Wie können sich Frauen vor Gewalt schützen? Woher kommt die Gefahr und was bringt etwa die Abwehr von Angriffen durch Pfefferspray? Kriminaloberkommissarin (KOK) Marion Heyers vom Polizeipräsidium Düsseldorf ist seit 24 Jahren bei der Kriminalpolizei, war mehrere Jahre bei der Rauschgiftfahndung und gibt jetzt Präventionsseminare zu den Themen Gewalt und Missbrauch – die Nachfrage ist groß.

Übergriffe im eigenen Umfeld machen den größten Teil aller Fälle von Gewalt an Frauen aus. »In meinen Seminaren sitzen zum Teil Frauen, die sind so voller Angst, dass sie sich kaum allein auf die Straße trauen«, berichtet Heyers, »deshalb ist es mir ganz wichtig, diese Ängste zu nehmen, deutlich zu machen, dass solche Übergriffe durch Fremde auf der Straße nicht an der Tagesordnung sind. Die Mehrheit der Täter kennt ihre Opfer. Es sind zum Beispiel Kollegen, Trainer oder Nachbarn.«

INFORMATIONEN FÜR BETROFFENE

- > www.polizei-beratung.de/opferinformationen
- > **Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen** 08000 116016 (bundesweit)
- > **Hilfetelefon Sexueller Missbrauch** 0800 2255530 (bundesweit)
- > **Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e. V.**,
- > www.frauenberatungsstellen-nrw.de, Kontakt: 0201 74947895

Keine Messer! Kein Pfefferspray!

Marion Heyers geht mit ihren Seminaren an Schulen und in Unternehmen. Die Teilnehmerinnen kommen aus ganz unterschiedlichen Bereichen. Da die Seminare alle sehr interaktiv gestaltet sind, nimmt die Polizistin auch sehr viel von den Erlebnissen, Gefühlswelten und Ängsten der Frauen für ihre Arbeit mit. Darüber hinaus vermittelt sie viel Wissen und gibt auch ganz praktische Tipps, wie etwa Selbstverteidigungstechniken zu verinnerlichen, um sie quasi automatisiert anzuwenden. Von der Verwendung von Waffen wie Pfefferspray oder Messern rät Marion Heyers ab. Die Gefahr sei viel zu groß, sich damit selbst zu verletzen. Es würde völlig ausreichen, sich zum Beispiel mit Haarspray zu wehren. Es macht den Täter für einige Sekunden handlungsunfähig und die betroffene Frau kann flüchten.

Wissen vermitteln – Beweismittel sichern

Zudem informiert Marions Heyers über die wichtigsten Anlaufstellen für betroffene Frauen. »Einige wissen zum Beispiel nicht, dass es eine »Anonyme Spurensicherung« gibt«, sagt sie. Wenn Frauen sich nicht trauen, zum Beispiel eine Vergewaltigung anzuzeigen, können sie nach der Tat zu den Ärzten der »Anonymen

Spurensicherung« gehen und sich untersuchen lassen. Die Daten bleiben alle anonym. Wenn sich aber die Frau später doch noch entscheidet, den Fall anzuzeigen, sind das wichtige Beweismittel.

Vertrauen in die Polizei stärken

Dass Frauen, denen Gewalt angetan wurde, sich nicht trauen, zur Polizei zu gehen, ist gar nicht so selten. »Viele schämen sich oder haben das Gefühl, ihnen würde sowieso niemand helfen«, sagt Heyers. »Hier ist es mir ganz wichtig, das Vertrauen in die Polizei zu stärken, zu zeigen, es kümmert sich jemand. Wir haben ganz ausgezeichnete Teams von qualifizierten Kolleginnen und Kollegen, die sich auf sehr sensible Art mit den Erlebnissen der Frauen beschäftigen.«

Es gelingt Marion Heyers, das Vertrauen in die Polizei zu stärken. Das bekommt sie immer wieder zurückgespiegelt. »Eine junge Frau hat sich mehrere Tage nach dem Seminar bei mir gemeldet und berichtet, dass sie massiv von ihrem Chef misshandelt worden ist. Sie hat als Auszubildende in einem Handwerksbetrieb gearbeitet. Durch das Seminar hat sie den Mut gefasst und ist zur Polizei gegangen. Da habe ich gemerkt, das ist gut, was ich mache.« // **Katharina Matzke, IM NRW**



Marion Heyers vermittelt Wissen und praktische Tipps an die Teilnehmerinnen.

Meinungsaustausch zu aktuellen Themen Besuch des BKA-Präsidenten Holger Münch im LKA NRW



BKA-Präsident Holger Münch (Mitte) und LKA-Präsident Frank Höver (links neben ihm) im Kreis leitender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Anlässlich des Amtsantritts von Frank Höver als Direktor des Landeskriminalamts (LKA) NRW besuchte Holger Münch, der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), im März das LKA NRW. Nach einem Vier-Augen-Gespräch gingen die beiden Behördenleiter in den Dialog mit den Abteilungsleiterinnen und -leitern und besprachen ihre Schwerpunkte und aktuellen Problemfelder. Auf der Agenda standen Themen wie etwa »Polizei 2020«, die Bekämpfung des Islamistischen Terrorismus und der Cyberkriminalität sowie die Projekte KEEAS (»Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkte geprägt durch ethnisch abgeschottete Subkulturen«; die »Streife« berichtete darüber in ihrer Ausgabe 4/5 2018) und SIENA (»Secure Information Exchange Network Application«; mehr dazu im Bericht über das Hospitationsprogramm bei Europol in dieser Ausgabe). Auch in Zukunft werden BKA und LKA NRW eng zusammenarbeiten und sich über Kernpunkte ihrer Arbeit informieren und austauschen. // **Sandra Albertz, LKA NRW**

Werner Gross Neuer Leiter der Direktion v beim PP Köln

Der Leitende Polizeidirektor Werner Gross hat die Funktion des Leiters der Direktion Verkehr im Polizeipräsidium Köln übernommen.

Zuvor leitete LPD Werner Gross den Ständigen Stab des PP Köln. // **Redaktion Streife**



IdP Bernd Heinen, LPD Werner Gross, AL'in 4 Dr. Daniela Lesmeister, Leiter ZA PP Köln Dr. Manuel Kamp und LdsKD Dieter Schürmann bei der Urkundenübergabe im IM NRW

20. Deutsche Polizeimeisterschaft im Handball der Männer NRW gibt den Titel nach neun Jahren ab

Nach drei Jahren war es wieder soweit: Die 20. Deutsche Polizeimeisterschaft (DPM) im Handball der Männer startete am 16. April 2018 in NRW. Das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (LAFP NRW) organisierte die Meisterschaft in Zusammenarbeit mit dem Polzeisportverein (PSV) Dortmund 1922 und dem Polzeisportkuratorium (PSK) NRW.

In den fünf Vorrunden, die bereits Anfang des Jahres ausgetragen wurden, konnte sich jeweils der Gruppenerste für die Endrunde qualifizieren. Die stärksten sechs Mannschaften traten in der Endrunde in Selm gegeneinander an. Qualifiziert hatten sich neben NRW als amtierender Meister Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, das Saarland und Schleswig-Holstein.

Das Eröffnungsspiel war dem amtierenden Meister NRW vorbehalten. Glaubte NRW im Vorfeld den Sieg gegen das Saarland sicher in der Tasche zu haben, war die Überraschung groß, wie gut sich das Team aus dem Saarland entwickelt hatte: NRW konnte nur knapp mit einem Unentschieden aus der Partie herausgehen. Am Ende des ersten Spieltages hatten in den Gruppen 1 und 2 jeweils alle drei Mannschaften gegeneinander gespielt, um den Einzug ins Halbfinale besiegeln zu können. Die Platzierungen in den jeweiligen Gruppen waren entscheidend für die Spielpaarungen am folgenden Tag:

Die Gruppensieger NRW und Niedersachsen standen den Gruppenzweiten Baden-Württemberg und Saarland gegenüber.

Niedersachsen und Baden-Württemberg im Finale

Spannende und schnelle Spiele bestimmten die nächsten beiden Wettkampftage. Teilweise waren die Ergebnisse eindeutig, aber in den meisten Begegnungen sehr knapp. So gelang Niedersachsen mit drei Toren Vorsprung gegen das Saarland der Einzug ins Finale. In der Begegnung NRW gegen Baden-Württemberg unterlag unser Team mit drei Toren Unterschied.

NRW erringt Bronzemedaille

Beim Spiel um die Bronzemedaille musste sich NRW wieder gegen das Saarland behaupten: Harte Zweikämpfe um den Ball auf beiden Seiten beeindruckten die Zuschauer. Geling es dem Saarland im Beginn der ersten Hälfte noch, mit 12:15 einigermaßen ausgeglichen in die Halbzeit zu gehen, baute NRW in der zweiten Hälfte die Führung deutlich aus. Mit einem Endstand von 21:32 hatte NRW den dritten Platz erreicht und ließ das Saarland auf Platz 4 zurück. Nach dreimaligem Titelgewinn in den Jahren 2009, 2012 und 2015 hat NRW nun den Titel des »Deutschen Polizeimeisters« abgeben müssen.

Niedersachsen ist neuer Deutscher Polizeimeister

Am Nachmittag standen sich dann die beiden besten Mannschaften der Polizei der Länder und des Bundes im Finale gegenüber: Niedersachsen und Baden-Württemberg. Nach der ersten Halbzeit hatte sich Niedersachsen mit 15:13 einen knappen Vorsprung verschafft. Aber beide Mannschaften ruhten nicht, auch wenn es schwierig blieb, die Deckung des Gegners zu knacken und mit dem Ball ans Tor zu kommen. In einem spannenden Kopf-an-Kopf-Rennen stand es kurz vor Ende der zweiten Halbzeit mit 23:23 unentschieden. Spielminute 59:30: Niedersachsen greift an und geht mit dem Siegestreffer 24:23 in Führung. Mit diesem Endstand war das Team aus Niedersachsen der neue Deutsche Polizeimeister im Handball der Männer 2018.

Direkt im Anschluss an das Finalspiel fand die Siegerehrung statt. Der Leitende Polizeidirektor (LPD) Roland Küpper, Polzeisportbeauftragter des Landes NRW, der Direktor des LAFP NRW Michael Frücht und LPD Günter Lange, Vorsitzender des Polzeisportkuratoriums, überreichten gemeinsam die Urkunden, Medaillen und Pokale und beglückwünschten die sechs besten Mannschaften aus Deutschland zu ihren sportlichen Leistungen.

/// **Andrea Schaub, PSK NRW**

MEHR INFOS

Weitere Informationen, Fotos und Spielergebnisse sind auf der Internetseite des PSV Dortmund 1922 (www.psv-dortmund.de) abrufbar.

Karolin Kuhlmann ausgezeichnet Polzeisportlerehrung auf Bundesebene



Zu den ersten Gratulanten aus NRW gehörten der Leitende Polizeidirektor Roland Küpper, Polzeisportbeauftragter des Landes NRW, und Polizeidirektor Thomas Link, Fachwart Handball im DPSK vom Polzeipräsidium Hamm.

Am 25. April wurden in Magdeburg im Hotel Ratswaage die erfolgreichsten Polzeisportlerinnen und -sportler aus ganz Deutschland für ihre Leistungen im Sportjahr 2017 ausgezeichnet.

In seiner Begrüßungsrede lobte der DPSK-Vorsitzende Jörg Müller die Polzeisportlerinnen und -sportler als die besten Botschafter, die er sich vorstellen könne. Er sei sehr stolz auf ihre Leistungen, nicht nur auf die Siege, Medaillen oder ihre Bestleistungen, sondern vor allem auf ihre Vorbildwirkung. Ihre Erfolge symbolisieren eine leistungsstarke und anstrengungsbereite Polizei.

Als eine der erfolgreichsten Sportlerinnen wurde Polizeikommissarin Karolin Kuhlmann von der Kreispolizeibehörde Gütersloh aus Nordrhein-Westfalen geehrt. Sie wurde in der Kategorie der »Sportlerinnen ohne Förderung« für ihre Leistungen im Sportjahr 2017 auf den zweiten Platz gewählt. Sie gewann u. a. bei den Europäischen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten 2017 in Hannover gleich sieben Medaillen und trug damit wesentlich zum deutschen Teamerfolg bei.

/// **Thomas Link, Fachwart Handball im DPSK**

MEHR INFOS

Mehr Informationen finden Sie auf der Internetseite www.dpsk.de des deutschen Sportkuratoriums.

Westernhagen – MTV Unplugged Tour

Die »Streife« verlost 5 x 2 Tickets für Oberhausen



Nachdem Marius Müller-Westernhagen bei seiner Tour im letzten Jahr bereits 100.000 Fans mit Akustikversionen seiner größten Hits begeisterte, geht er im Jahr 2018 mit der »MTV Unplugged Tour« in die zweite Runde. Dabei machen der gebürtige Düsseldorf und seine Band am 29. August die König-Pilsener-Arena in Oberhausen unsicher.

Mit rund 11,2 Millionen verkauften Tonträgern gilt Marius Müller-Westernhagen als einer der erfolgreichsten deutschen Musiker. Vor vielen Jahren war er der erste deutsche Künstler, dem der Musiksender MTV anbot, im »Unplugged«-Format aufzutreten. Damals lehnte er noch ab, es gab so viel anderes zu tun. Doch im August letzten Jahres war es endlich soweit: Westernhagen kam der Einladung zum Spiel ohne Stecker nach. Im Sitzen, mit Gästen und akustischen Instrumenten zeichnete der Rock-Musiker zwei Konzerte für »MTV Unplugged« in der Berliner Volksbühne auf und überraschte mit einer sehr persönlichen Show. »Wir haben »Unplugged« als künstlerische Herausforderung gesehen«, sagt Marius Müller-Westernhagen über die Show. »Es galt, das Material von über vier Jahrzehnten meiner Arbeit als Songschreiber zu sichten und sich mit ausschließlich

analogen Mitteln völlig neu zu erarbeiten. Wir hatten die Ambition, es für uns wie für das Publikum auf den heutigen Stand unseres Verständnisses von guter Musik zu bringen.« Die Fans dürfen sich also auf tolle Konzertabende mit Marius Müller-Westernhagen und dessen Band freuen, die sie durch die ganze Karriere des Künstlers und dessen einzigartige Kompositionen führt.

Die Leserinnen und Leser der »Streife« haben jetzt die einmalige Chance, 5 mal 2 Tickets für Marius Müller-Westernhagen am 29. August in der König-Pilsener-Arena in Oberhausen zu gewinnen.

Um an der Verlosung der Freikarten im Rahmen unseres Kreuzworträtsels teilzunehmen, müssen Sie nur das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 22. August 2018 einsenden an:

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Redaktion Streife, Friedrichstraße 62-80, 40217 Düsseldorf, E-Mail: streife@im.nrw.de

Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

Das Kreuzworträtsel ist im Intranet der Polizei und in den Print- und Onlineausgaben der Streife veröffentlicht. Der Gewinner/die Gewinner werden durch Losverfahren durch das Redaktionsteam ermittelt. Der Gewinner/die Gewinner werden auf dem Postweg benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zur Teilnahme am Gewinnspiel eingesandte Daten werden vier Monate nach Einsendeschluss gelöscht.

zusätzlich, außerdem	Laut eines Esels	Gerät zur Haarpflege	Angehöriger des Volkes Israel	Glück verheißend; gesund	Zeltlager	Nordeuropäer	barsch, schroff
Nadelbaum			jemand, der sich gerne prügelt			1	
handwerklich, Blütezeit					verwe-sender Tierkörper		alkoholisches Getränk
	5		Haar-, Schuh-schleße				3
Schritt-sportler	Anis-branntwein Spiel-karte			4	Kuchen-gewürz		7
chemi-sche Ver-bindung			Schmie-deform			6	
ein Balte		8	Auflösung des letzten Rätsels ■ B ■ ■ ■ E ■ D ■ ■ ■ O ■ ■ ■ R ■ ■ ■ R A B A T T E ■ L U E S T L I N G ■ ■ U B A H N ■ M A O R I ■ ■ T O R N A D O ■ K I D (1-6) Koelle				
Eibe-Zufuss		2					
1	2	3	4	5	6	7	8

Herausgeber
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf

Verantwortlich
Gerrit Weber
Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion
Ralf Hövelmann und Gordon Wenzek
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion Streife
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: <http://streife.polizei.nrw>
E-Mail: streife@im.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion
pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

- Sandra Albertz, LKA NRW
- Simone Bauer
- Oliver Bongartz, LKA NRW
- Thomas Grimm, LKA NRW
- Sebastian Held, KPB Hochsauerlandkreis
- Guido Karl, IM NRW
- Walter Liedtke
- Tanja Ledig, PP Essen
- Thomas Link, DPSK
- Katharina Matzke, IM NRW
- Andrea Schaub, PSK NRW
- Lisa Solbach, PP Düsseldorf
- Björn Tuschen, IM NRW
- Christina Vieten, IM NRW

Grafische Gestaltung und Satz
designiert® Corporate Design, Düsseldorf
www.designiert.de

Druck
jva druck und medien, Geldern
Papier: Maxisilk

Die Streife erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus 6 mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion gesandt werden. An den abgedruckten Beiträgen behält sich die Streife alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Kürzungen von Leserschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Umschlagfoto: Jochen Teck

Streife wird herausgegeben vom
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
<http://streife.polizei.nrw> /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen